

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 Zl. mit Zustellgeld 4,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4,89 Zl. vierteljährlich 14,66 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zl. Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 264

Bromberg, Freitag, den 17. November 1933

57. Jahrg.

Der zähe Litwinow.

Roosevelts Währungspolitik erschwert
amerikanisch-russische Einigung.

Als Herr Roosevelt seinen Brief an Kalinin in Moskau schrieb und ihm die Aufnahme von Verhandlungen zur Regelung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion vorschlug, handelte er zweifellos unter einem gewissen Druck der inneren Wirtschaftslage Amerikas. Es ist Roosevelt nicht gelungen, mit den verschiedenartigen Maßnahmen, die er im Rahmen seines Aufbauprogramms, nicht ganz einheitlich, durchführte, der Depression Herr zu werden. Allmählich sind so ziemlich alle mit ihm an- und zufriedenen geworden: die Farmer streiken, die Industriellen wollen sich in sein zwangswirtschaftliches Arbeitsystem nicht einfügen, die Banken widerstreben seiner Kreditpolitik. Da sollte ein Abkommen mit Rußland, dessen politischer Teil — die Aufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen —

nur die Hülle für große wirtschaftliche Lieferungsverträge

sein würde, Hilfe schaffen. Rußland braucht für die Durchführung seines Industrienaufbaus noch auf Jahre hinaus Maschinen und allerhand Halbfabrikate, die die nur mit einem Viertel bis einem Drittel ihrer Kapazität beschäftigten amerikanischen Stahl- und Maschinenindustrie gern liefern möchte. Für die auf den amerikanischen Feldern überreichlich reisende Baumwolle, von der man ein Drittel oder die Hälfte vernichten wollte, um die Preise in die Höhe zu treiben, böte Rußland gute Absatzmöglichkeiten. Ja selbst für die Weizenfülle Amerikas hätte Rußland, das heute hungrig die Weizenexportland, einen willkommenen Markt abgeben können.

In Moskau hat man das Verhandlungsangebot Roosevelts gern und willig aufgenommen, und man hat sich beeilt, Herrn Litwinow mit dem nächsten Dampfer nach Washington zu schicken. Man hatte ein Interesse daran, sich mit den Vereinigten Staaten zu einigen. Die Holzexporte aus Sibirien sind von Amerika zurückgewiesen worden, weil die Verwendung von Zwangsarbeit bei ihnen als Dumping ausgelegt wurde.

Die Beziehungen Moskaus zu Deutschland.

Dem bisherigen Hauptlieferanten und Kreditgeber für die Industrialisierung Rußlands, sind im Verlaufe der politischen Wandlungen dieses Jahres etwas kühler geworden, und man hat begonnen, sich auch wirtschaftlich von ihm abzuwenden. Vor allem aber hat die Zuspitzung des Verhältnisses zu Japan im Fernen Osten es den Machthabern im Kreml angetrieben, erscheinen lassen, in enger Fühlung mit den Vereinigten Staaten zu treten, die aus der Sorge um die Entwicklung der Zustände im Stillen Ozean ebenfalls in einem gewissen Gegensatz zur japanischen Politik stehen. Als Herr Litwinow in Washington eintraf, konnten in der Tat beide Teile der Meinung sein, in Verhandlungen über ein „autes Geschäft“ einzutreten, denn beide hofften, dabei ihren Vorteil zu finden. Der Unterhändler Moskaus war allerdings über die innerwirtschaftliche Situation der Vereinigten Staaten aus-gezeichnet unterrichtet, und er wird während seines Aufenthalts in Washington die Augen offen gehalten haben.

Gerade in diesen Tagen hat sich die Lage kritisch verschärft.

Litwinow mag also allmählich zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Erlangung von Lieferungsanträgen Rußlands für Amerika noch dringlicher und wertvoller sei, als es die diplomatische Anerkennung und die Herstellung normaler politischer Beziehungen für Rußland wäre. Litwinow, der von Natur bei internationalen Verhandlungen sehr zähe ist, wurde also gerade in den Hauptpunkten, die zur Debatte stehen, schwieriger. Amerika wünscht, daß Rußland die finanziellen Ansprüche amerikanischer Bürger an die Sowjets aus der Kerenki-Zeit anerkennt. Außerdem hat damals auch die Regierung der Vereinigten Staaten der russischen 187 Millionen Dollar geliehen, und deren Streichung könnte der Präsident aus eigener Machtvollkommenheit überhaupt nicht bewilligen. Er bedarf dazu der Genehmigung des Kongresses, die kaum zu erlangen sein würde. Litwinow ist nicht unbedingt ablehnend. Er will die Kerenki-Schulden, etwa in Höhe von zwei Dritteln ihres Nominalbetrages, bezahlen, aber er will sie nicht offiziell anerkennen. Eine Anerkennung würde für Rußland sehr weittragende Folgen haben. Im Artikel 2 des Rapallovertrages ist feierlich vereinbart worden, daß Deutschland auf die Tilgung der russischen Schulden nur für den Fall verzichtet, daß Rußland auch anderen Staaten keine Zahlungen auf Obligationen aus der Zeit vor der Machtergreifung durch die Sowjets leistet.

Honoriert der Kreml jetzt die Schulden aus der Kerenki-Zeit, dann würden automatisch die Ansprüche Deutschlands ausleben.

Litwinow hat sich ein System ausgedacht, wie Rußland Amerika praktisch zufriedustellen könnte, ohne den deutschen Anspruch befriedigen zu müssen. Für die neu aufzunehmenden amerikanischen Kredite soll ein höherer

Zinsfuß festgesetzt werden und ein Teil des Zinsenaufkommens soll dann zur Tilgung der Kerenki-Schulden Verwendung finden.

Man darf annehmen, daß die Amerikaner, mindestens soweit die in privaten Händen befindlichen Obligationen in Betracht kommen, nicht übermäßig peinlich sein würden und sich mit einer solchen Regelung, vorbehaltlich der Einigung über die Höhe des Betrages und der Tilgungsfrist, zufrieden geben würden. Bei den Staatsschulden wäre die Sache schon etwas schwieriger.

Vor allen Dingen aber ist es bisher nicht gelungen, in den Verhandlungen zwischen Roosevelt und Litwinow über die neuen langfristigen Kredite, die Rußland haben will, einig zu werden.

Diese Finanzfragen sind deshalb so schwierig, weil Roosevelt es vorläufig immer noch ablehnt, sich auf eine Stabilisierung der amerikanischen Währung endgültig festzulegen, und Kreditgeschäfte sind natürlich nicht gut möglich, wenn über den Wert von Leistung und Gegenleistung keine Klarheit geschaffen werden kann.

Litwinow nutzt diese Schwierigkeiten aus, indem er zunächst einmal die Anerkennung des Sowjetregimes als Voraussetzung für weitere Verhandlungen, die sich unter Umständen noch länger hinziehen könnten, durchsetzen will. Gelingt ihm das, dann würde die Stellung Moskaus gegenüber Washington natürlich noch um einige Grade stärker werden, als sie es infolge der wirtschaftlichen Umstände schon jetzt ist. Bisher hat Roosevelt nicht nachgegeben und macht die Regelung der Schuldenfrage zur Vorbedingung der politischen Verständigung. Im Augenblick stocken infolgedessen die Verhandlungen, und da der Staatssekretär Hull zunächst einmal zur Panamerika-Konferenz nach Montevideo abreist, ist es nicht unmöglich, daß eine Pause eintritt. Aber man wird kaum anzunehmen brauchen, daß die Dinge sich zum Nachteil Rußlands wenden.

Beunruhigung in Moskau.

Die Verhandlungen Litwinows in Washington, die bisher keine konkreten Ergebnisse gezeitigt haben, rufen, wie die polnische Telegraphen-Agentur meldet, in Moskau politischen Kreisen eine große Beunruhigung hervor. Der Wunsch der Vereinigten Staaten, vor dem offiziellen Akt der Anerkennung erst die Schuldenfrage zu regeln, hat in Moskau verschiedene Kommentare ausgelöst. Der New Yorker Korrespondent der Tag-Agentur betont, man sei sich in Amerika noch nicht darüber klar, daß der Standpunkt der Sowjetregierung in dieser Frage unerschütterlich sei. Die Sowjetregierung werde sich über die Schulden nicht unterhalten, bevor nicht normale diplomatische Beziehungen angeknüpft sind. In demselben Telegramm wird der Annahme Ausdruck gegeben, daß Präsident Roosevelt durch Vorbehalte sowjetfeindlicher Kreise in Amerika in seinen Entschlüssen behindert sei, die in der letzten Zeit ihre Propagandafähigkeit wieder aufgenommen haben. Die Republikanische Partei sei auch öffentlich gegen die Anerkennung des Sowjetverbandes aufgetreten.

Auslandskreise in Moskau schreiben die unerwartete Verzögerung in den Verhandlungen größeren politischen Einflüssen Berlins (1), besonders deutschen Wirtschaftskreisen zu.

Deutsch-polnische Gewaltverzichts-Erklärung

Neue Etappe in der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.

(PNA) Berlin, 16. November.

Das Wolff-Bureau meldet: Der Reichskanzler empfing am Mittwoch vormittag in Anwesenheit des Reichsaußenministers den polnischen Gesandten, der ihm seinen Antrittsbesuch machte. Der Meinungsaustrausch über die deutsch-polnischen Beziehungen ergab die Einmütigkeit der beiden Regierungen in ihrer Absicht, auf dem Wege direkter Verhandlungen Fragen zu behandeln, die die beiden Länder betreffen und der Festigung des Friedens in Europa dienen. Man einigte sich auch über den Verzicht, in den gegenseitigen Beziehungen zur Gewalt Zuflucht zu nehmen.

Die Meldung von der Unterredung zwischen dem Reichskanzler Adolf Hitler und dem polnischen Gesandten Lipski brachte als erste Zeitung der „Berliner Börsenkurier“ in der spät abends erscheinenden Provinzausgabe. Die Meldung verbreitete sich mit blitzartiger Geschwindigkeit in der Stadt und rief einen riesigen Eindruck hervor. Allgemein wird auf die Bedeutung dieser Unterredung hingewiesen, besonders auf den Inhalt des letzten Satzes des offiziellen Communiqués. Nach Ansicht der ausländischen Korrespondenten bedeutet der Inhalt des Communiqués einen großen Schritt vorwärts in der gegenwärtigen verworrenen europäischen Lage.

Die polnische Presse zum Empfang des Gesandten.

Warschau, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die amtliche Verlautbarung über den Empfang des polnischen Gesandten Lipski beim Reichskanzler hat hier

Vor einem russisch-japanischen Kriege?

Nach einem durch das japanische Außenministerium veröffentlichten Communiqué hat das sowjetrussische Kriegskommissariat in einem Befehl vom 7. Februar alle Führer der Roten Armee im Fernen Osten davon benachrichtigt, daß der Krieg mit Japan eine Frage der nächsten Zeit sei. Im Zusammenhang damit wird in japanischen maßgebenden Kreisen betont, Japan sei sich klar darüber, daß das russische Volk von der Regierung systematisch zum Kriege gehetzt werde. Japan hege durchaus friedliche Tendenzen; ein Beweis dafür sei die Tatsache, daß es in der letzten Zeit eine ganze Truppendivision aus der Mandschurei zurückgezogen habe.

Aus Moskau wird von einer Massenkundgebung der kommunistischen Partei des Fernen Ostens berichtet, an der viele Tausende teilgenommen haben sollen. Am Schluß der Versammlung wurde eine japanfeindliche Denkschrift zum Beschluß erhoben, in der es heißt, daß, sofern Japan feindliche Schritte einleiten sollte, die ganze sowjetrussische Luftflotte mobilisiert werden müsse, die den Japanern empfindliche Verluste beibringen werde. Die sowjetrussische Luftflotte sei, so heißt es in der Entschliebung, eine der stärksten in der ganzen Welt, und die Rote Armee sei in der Lage, die größten Kriegserfolge zu erringen. Der Krieg mit Japan könne jeden Augenblick ausbrechen, das russische Volk im Fernen Osten sei aber auf ihn vorbereitet.

Diese Denkschrift hat in Japan eine große Empörung hervorgerufen. In politischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß die Japanische Regierung in dieser Frage eine diplomatische Aktion in Moskau einleiten werde. In jedem Falle hat sich die politische Lage im Fernen Osten ungewöhnlich verschärft.

Neuer deutsch-russischer Konflikt.

Moskau, 16. November. (PNA) Zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist ein neuer Konflikt ausgebrochen. Mehrere deutsche Firmen hatten von den sowjetrussischen Handelsvertretungen den Ausgleich der sich aus dem Dollar- und Pfundsturz ergebenden Verluste gefordert. In diesen Valuten waren die sowjetrussischen Wechsel ausgestellt. Da diese Forderung von sowjetrussischer Seite abgelehnt wurde, wandten sich die deutschen Firmen an die Reichsregierung mit dem Antrage, die Sache im Vergleichsverfahren zu erledigen. Das Volkskommissariat für Außenhandel hat jedoch in einer Erklärung die deutschen Forderungen als unbegründet zurückgewiesen und erklärt, daß Sowjetrußland an einem Vergleichsverfahren nicht teilnehmen und sich auch einem solchen Spruch nicht unterwerfen werde.

Nadolny in Moskau.

Moskau, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der neue deutsche Botschafter Nadolny ist am Donnerstag in Moskau eingetroffen. Auf dem Bahnhof empfingen ihn der Chef des Protokolls G. Lorin, sowie der deutsche Geschäftsträger von Twardowski und zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie. Botschafter Nadolny begab sich sodann nach der Deutschen Botschaft, wo ihm die Mitglieder der Botschaft vorgestellt wurden.

größtes Aufsehen erregt. In einem Kommentar weist das maßgebende Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, darauf hin, daß dieses Akt des Bestehens vor allen Dingen darin, daß der Weltmeinung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einen „empfindlichen Punkt“ zu erblicken pflegte, von wo aus unerwünschte Entwicklungen herrühren könnten.

Die Nichtangriffserklärung sei eine feierliche Versicherung beider Staaten, daß sie derartige Verwicklungen in keinem Falle herbeiführen werden.

Der Verzicht auf den Angriff zwischen Nachbarn sei stets ein Akt von großer Bedeutung.

Man könne feststellen, daß eine der Hauptlücken von Locarno am gestrigen Tage beseitigt worden sei. Die Bedeutung des Aktes vom 15. November stehe für den Weltfrieden außer Zweifel. Die Bedeutung werde um so größer sein, je mehr die Stimmung der Masse dem darin enthaltenen Friedensgeist entsprechen würde. Zum Schluß hebt das Regierungsblatt noch hervor, daß dadurch die bestehenden polnischen Bindungen und Verträge mit anderen Staaten in keiner Weise berührt würden.

„Durch die Nichtangriffserklärung wird die bisherige internationale Politik Polens nur ergänzt aber in nichts geändert.“

Wieder beschlagnahmt!

Die gestrige Ausgabe unserer Zeitung (Nr. 263 vom 16. d. M.) wurde auf Grund des § 23 des Pressegesetzes von der Burgkassette in Bromberg beschlagnahmt. Nach der uns zugegangenen polizeilichen Mitteilung hat die auf der zweiten Seite des Hauptblatts gebrachte Mitteilung „Schwere Gefängnisstrafen für Deutsche“ den Grund für diese behördliche Handlung abgegeben. Wir hatten in dieser Notiz über eine Gerichtsverhandlung des Posener Bezirksgerichts in Birnbaum berichtet, in der acht Deutsche wegen der Gründung eines „Hitler-Bundes“ verurteilt wurden.

Unsere Meldung hatten wir dem Krakauer „Instrawany Kurjer Codzienny“ entnommen. Die Angaben dieses Blattes hatten wir bezweifelt und demgegenüber darauf hingewiesen, daß wir die Urteilsbegründung des Bezirksgerichts abwarten wollten. Die Wahrheit des richterlichen Spruches wollten wir der nicht immer wahren Tendenz des Krakauer „Kurjer“ gegenüberstellen.

Unsere Leser im Lande bitten wir, das durch die Beschlagnahme verursachte verspätete Erscheinen der gestrigen Ausgabe freundlichst entschuldigen zu wollen.

Wegen der Beschlagnahme unserer Zeitung und der damit verbundenen Unkosten werden wir ein Entschädigungs-Verfahren einleiten.

In ähnlicher Weise wird der Empfang beim Reichskanzler auch von der übrigen Regierungspresse kommentiert, was auf ein einheitliches Vorgehen hinweist. Die Oppositionspresse beschränkt sich zunächst auf Hervorhebung der Tatsache selbst.

Ueberraschung und Erbitterung in Paris.

Paris, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung, die am Mittwoch amtlich bekanntgegeben wurde, hat sehr überrascht. In diese Überraschung mischt sich eine unverkennbare Erbitterung, die klar aus dem Versuch hervorgeht, die Tragweite der deutsch-polnischen Erklärung zu schmälern und Zweifel in die Aufrichtigkeit der Reichsregierung zu setzen. Dieser Versuch geht aus einem langen Kommentar des Warschauer Vertreters der halbamtlichen französischen Nachrichten-Agentur Gavas hervor, in dem es u. a. heißt, daß die Nachricht von der gegenseitigen Nichtangriffserklärung in Warschau während eines Instangriffsmärsches bekannt worden sei. Es ist möglich, daß es sich hier nicht um ein zufälliges Zusammentreffen handele, sondern um eine gezielte Begegnung. Man müsse sich ferner fragen, was die Reichsregierung Polen überhaupt anbieten könne,

ob sie ihm den Korridor garantiere und feierlich erkläre, daß sie endgültig auf die im Herzen deutsche Stadt Danzig verzichte.

Man müsse sich ferner fragen, ob Deutschland Polen den unangefochtenen Besitz Oberschlesiens garantiere. Die deutschen Vorschläge würden in Warschau sicher-

lich mit Vorbehalt geprüft werden. Der Vertreter der Agentur Gavas behauptet, die Auffassung gewisser polnischer Kreise wiederzugeben, indem er erklärt, daß „die Reichsregierung in erster Linie die Absicht verfolge, die friedliche Politik Deutschlands vor den Augen der Welt darzulegen und die gemeinsame Front zu zerstören, die zwischen Frankreich, Polen und der Kleinen Entente gebildet wurde“.

Die Polnische Regierung werde sicherlich prüfen, ob eine Garantie die Gefahren von Verhandlungen zu zweien aufwiege. Sie werde sich ferner fragen müssen,

ob die Reichsregierung nicht nur Zeit gewinnen wolle,

ob das Abkommen, das man ihr anbiete, nicht nur provisorisch sei und ob Polen seine Politik auf Fragen einstellen könne, die vielleicht nur die nächste Zukunft betreffen.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ versucht die Lage zu verwischen und die friedlichen Absichten der Reichsregierung in Zweifel zu stellen. Reichskanzler Adolf Hitler habe sicherlich gewußt, daß eine Forderung auf Wiederaufrüstung Deutschlands besonders in Polen auf energischen Widerstand stoßen würde.

Durch das deutsch-polnische Abkommen habe er mit einem Schlage den polnischen Widerstand brechen und die französischen Besorgnungen auf einen Konflikt im Osten beschränken wollen.

Es sei möglich, daß Hitler in dieser Politik fortfahre und ähnliche Abkommen mit anderen, Deutschland benachbarten Ländern, insbesondere mit der Tschechoslowakei, abschließen werde.

Moskau zur Aussprache zwischen Hitler und Lipski

Moskau, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aussprache zwischen Reichskanzler Hitler und dem neuen polnischen Gesandten Lipski hat in Moskau Eindruck gemacht. Man erklärt hier, daß die Unterredung als Fortsetzung der seinerzeitigen Aussprache zwischen Hitler und dem polnischen Gesandten Wysocki bezeichnet werden müsse. Die Aussprache habe wiederum hauptsächlich dem Ausgleich der politischen Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern gedient.

Der Deutsche Gesandte beim polnischen Handelsminister.

Der Deutsche Gesandte in Warschau, von Moltke, war für Mittwoch mittags 1 Uhr zu einer Konferenz bei dem Minister für Industrie und Handel Dr. Zarzycki geladen. Als der Gesandte das Gebäude des Ministeriums betrat, wurde in Warschau gerade Gasalarm angeordnet, und die Beamten des Ministeriums mit dem Minister Zarzycki befanden sich in einer Gaskuchenhütte. Herr von Moltke begab sich ebenfalls dorthin und unterhielt sich am Eingange zu der Hütte mit dem Minister. Nachdem der Alarm vorüber war, bat Minister Zarzycki den deutschen Gesandten in sein Kabinett, wo die unter solchen ungewöhnlichen Bedingungen begonnene Unterredung zu Ende geführt wurde.

hat jetzt ein trauriges Nachspiel vor dem Burggericht in Ruda gefunden. 65 Angeklagte wurden wegen Teilnahme an diesem Marsch zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Weitere 16 Angeklagte erhielten je drei Wochen Gefängnis. Die eigentlichen Urheber der Demonstration waren nicht mehr nach Polen zurückgeführt. Die Angeklagten hatten seinerzeit wegen der Kürzung ihrer Arbeitslohnunterstützung eine Demonstration veranstaltet und waren dann auf deutsches Gebiet gezogen, sie wurden jedoch — wer will über das tragische Schicksal rechten?! — über die Grenze geschoben und der polnischen Polizei ausgeliefert.

Fortsetzung der Abrüstungskonferenz unmöglich.

Genf, 16. November. (P.M.) Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson hatte am Mittwoch mehrere Konferenzen, u. a. mit den von dem Konferenz-Präsidium bestimmten Berichterstattern für verschiedene Fragen, die ihm mitteilen, sie könnten mit Rücksicht auf die Abwesenheit der bevollmächtigten Vertreter einiger Großmächte, was die Durchführung von Verhandlungen unmöglich mache, ihre Aufgabe nicht erfüllen. Henderson benachrichtigte davon alle Mitglieder der Hauptkommission der Abrüstungskonferenz. Wie es heißt, hatte der Konferenzvorsitzende die Absicht, auf Grund der Erklärungen der Berichterstatter mit der Initiative hervortreten, daß sich die Außenminister oder die Delegationsführer am 22. November d. J., d. h. Mitte der kommenden Woche in Genf versammeln. Nach den Gesprächen, die er nun durchgeführt hat, beschränkte sich Henderson darauf, alle Delegationsführer zu benachrichtigen, daß, falls die Ankunft der Delegationsführer in Genf nicht erfolgt, eine Fortsetzung der Arbeiten unmöglich sei.

In politischen Kreisen wird angenommen, daß Henderson, falls sein Appell erfolglos bleibt, die unverzügliche Einberufung des Völkerbundes verlangen wird, um seinen Rücktritt zu erklären, wie er dies bereits für den Fall angekündigt hat, daß die Situation in der Konferenz keine Änderung erfahren sollte.

Frankreich heute noch unbelehrbar!

Keine direkten Verhandlungen mit Deutschland?

Paris, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die radikalsozialistische „Re Nouvelle“ schreibt am Donnerstag zu den deutsch-französischen Verhandlungen, daß Deutschland sich nicht einbilden dürfe, Frankreich würde sich zu Verhandlungen zu zweien, zu dreien oder zu vierten bereit erklären. Frankreich werde nur Verhandlungen „in vollem internationalen Licht“ aufnehmen. Die Frage der Gleichberechtigung und Sicherheit interessiere alle Unterzeichner des Friedensvertrages und des Völkerbundes. Deshalb könne von keiner Vespredung die Rede sein, an der nicht auch die Freunde Frankreichs teilnehmen und die nicht im Genfer Rahmen stattfindet. (!) Mussolini werde sich vergeblich bemühen, den Rahmen von

Genf durch den Rahmen des Vierer-Paktes zu ersetzen, denn Frankreich werde darauf mit einem deutschen Nein antworten. Für Frankreich sei der Vierer-Pakt tot. Ministerpräsident Sarraut habe es nicht einmal für nötig erachtet, auf ihn zu verweisen, sondern habe ihn in aller Stille und ohne eine Träne begraben. Der Vierer-Pakt stelle keine Sicherheit dar, sondern eine Unsicherheit mit einer ständigen Gefahr.

Wie lange wird Marianne sich noch sträuben? Ach wie bald schwinden Schönheit und Gestalt!

Eröffnung der Reichskulturkammer.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels hat am Mittwoch, dem 15. d. M., mittags um 12 Uhr im Großen Saale der Berliner Philharmonie die Reichskulturkammer feierlich eröffnet. An der Kundgebung nahmen über 2000 führende Männer des deutschen kulturellen Lebens teil. Auch der Reichskanzler war erschienen, mit seiner persönlichen Anwesenheit die Bedeutung der Eröffnung dieser Kulturkammer hervorzuheben.

Dr. Goebbels gab am Schluß seiner Ansprache die Organisationen der sieben Kammern, die unter der Reichskulturkammer zusammengefaßt sind, bekannt.

Präsident der Kulturkammer ist kraft Gesetzes Dr. Goebbels selbst.

Vizepräsident der Reichskulturkammer ist der Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Walter Funk.

Die sieben Kammern haben folgende Präsidenten:

Reichsmusikkammer: Generalmusikdirektor Richard Strauß.

Reichskammer der bildenden Künste: Professor Eugen Sönnig.

Reichstheaterkammer: Ministerialrat Otto Laubinger.

Reichsschrifttumkammer: Hans Friedrich Blunck.

Reichspressekammer: Reichspresseschef Dr. Otto Dietrich.

Reichsrundfunkkammer: Ministerialrat Horst Dreßler.

Reichsfilmkammer: Rechtsanwalt Dr. Fritz Schenermann.

Zentrumsminister unter Anklage.

Wie die „Volksparole“ aus Düsseldorf berichtet, hat Gauleiter Staatsrat Florian in der letzten Wahlkundgebung in München-Gladbach am Sonnabend bekanntgegeben, daß gegen die verantwortlichen Leiter und Angehörigen des Volksvereins für das katholische Deutschland Anklage erhoben und auch bereits zu Verhaftungen und ständebrieflicher Verfolgung geschritten worden sei. In dem zu erwartenden Prozeß, der in München-Gladbach verhandelt werde, hätten sich Personen zu verantworten, die in der Zeit der Novemberrepublik im Staatsleben an führender Stelle gestanden hätten. Der Generaldirektor Hohn, einer der aufs schwerste Belasteten, befände sich bereits seit längerer Zeit im Auslande, und zwar in Wien.

Wie der „Volksparole“ hierzu noch mitgeteilt wird, wurde bei der Großen Strafkammer des Landgerichts in München-Gladbach Anklage erhoben gegen den früheren Generaldirektor des Volksvereins, Geistlichen Rat Dr. Hohn, den früheren Reichskanzler Marx, den früheren Reichstagsabgeordneten Lammerz, die früheren Reichsminister Dr. Brauns und Stegerwald, den Universitätsprofessor und früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Deffauer, den Generaldirektor des Volksvereins, Pfarrer van der Velden, den Rechtsanwalt Dr. Kohnen, den Buchhalter Commerz. Nach der Anklage haben Kohlen und Kommerz in München-Gladbach mehrere Firmen, darunter eine Mittelstandsbank, um über 2 Millionen Reichsmark betrügerisch geschädigt. Den übrigen Beschuldigten werde gemeinschaftlicher Betrug an einer großen Anzahl von Firmen im Gesamtbetrage von 350 000 Reichsmark zur Last gelegt.

Kleine Rundschau.

Schwedenwache am Grabe von Görings Gattin.

Aus Kreisen der schwedischen Kolonie in Berlin wird der reichsdeutschen Presse mitgeteilt:

„Mit Bestürzung und Born erfahren wir, daß das Grab der verstorbenen Gattin des Ministerpräsidenten Göring geschändet worden ist. Daß in Schweden niemand an eine solche Gefahr dachte, und daß deshalb keine Vorkehrungen getroffen wurden, um ihr vorzubeugen, muß darauf beruhen, daß Fälle von Grabschändungen in Schweden bis jetzt fast gänzlich unbekannt waren.“

Um eine Wiederholung zu verhindern, haben wir — im Einverständnis mit Gleichgesinnten in Schweden — Sorge getragen, daß bis auf weiteres Tag und Nacht am Grabe Wache gehalten wird.“

Neue Dornier-Werft in Mecklenburg.

Die Dornier-Werke, deren Flugbootkonstruktionsweltgeltung besteht, haben sich entschlossen, eine Filialwerft nach Wismar in Mecklenburg zu verlegen. Ohne zu leugnen, daß auch der Bodensee gelegentlich recht ungünstlich werden kann: ein Meer im seemännischen Sinne ist er eben doch nicht. Seit Jahren drängt es die Leitung deshalb, an einer wirklichen Meeresküste die verschiedenen Erprobungen ihrer Erzeugnisse in Wind und Wetter und vor allem im rauen Seegang vornehmen zu können. Jetzt wird dieser Wunsch in Erfüllung gehen durch den Bau einer Filialwerft in Wismar, in der Nähe des Seeflughafens von Travemünde, um vor allem die für den transatlantischen Verkehr bestimmten Flugzeuge (Süd-Amerika-Dienst) zu bauen.

Wasserstandsnotizen.

Wasserstand der Weichsel vom 16. November 1933.
Krakau — 2,25, Zawichost + 1,66, Białystok + 1,61, Błoc + 1,31, Thorn + 1,53, Fordon + 1,64, Culm + 1,60, Graudenz + 1,95, Ruzhbat + 2,10, Biedel + 1,57, Dirschau + 1,55, Einlage + 2,48, Schiewenhorst + 2,66.

Die Schulnot in Wolhynien.

Ein Nachwort zur Verurteilung von Pfarrer Vic. Dr. Kammel.

Es gibt wohl kaum einen deutschen Schriftsteller in Polen, der nicht schon vor den Schranken des Gerichts gestanden hätte wegen irgend eines Artikels oder Berichts, den er pflichtgemäß veröffentlichte. Nach 15jähriger öffentlicher Arbeit in der deutschen Presse ist dies Geschick — wie unsere Leser wissen — auch dem Leiter des Evangelischen Presseverbandes, Vic. Dr. Kammel, nicht erspart geblieben. Ein Artikel über die evangelische Schulnot in Wolhynien ist in allen deutschen Zeitungen Polens unbeantwundet erschienen, auch der in Wolhynien selber erscheinende „Wolhynische Bote“ hat darüber berichtet, daß Ende September 1932 sämtliche evangelische Kantorschulen in Wolhynien, etwa 80 an der Zahl, durch die Schulbehörden geschlossen wurden und dadurch über 3000 Kinder ohne Schulunterricht waren. Beanstandet wurde dieser Bericht nur in Bromberg, wo die „Deutsche Rundschau in Polen“ deswegen beschlagnahmt wurde. Der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Rundschau“ wurde in dem anschließenden Strafverfahren freigesprochen, da Dr. Kammel die Verantwortung für den Artikel übernahm.

In der zweiten Instanz vor dem Bromberger Bezirksgericht lagen Zeugenaussagen vor, die den Inhalt des Artikels bestätigten. Auch wurde dem Gericht ein Verzeichnis der geschlossenen 87 Schulen überreicht, aus dem hervorging, daß weit über 3000 Kinder damals keinen Unterricht hatten. Entgegen stand nur die Aussage des wolhynischen Schulkurators, daß der Stand vom 16. Januar 1933 ein anderer gewesen sei. Da der Artikel schon Anfang Oktober 1932 erschienen war, konnte diese Aussage über den späteren Stand nicht in Betracht kommen. Aus diesem Grunde beantragte der Verteidiger die Freisprechung Dr. Kammels, da er keine falschen Nachrichten verbreitet habe. Aber selbst, wenn die Nachricht nicht richtig gewesen wäre, so sei sie bestimmt nicht geeignet gewesen, Ruhe und Ordnung zu stören. Wenn diese Sorge nicht einmal in Luck, wo der „Wolhynische Bote“ erscheint, bestanden hat, dann läme es für Bromberg, wo die „Deutsche Rundschau“ erscheint, schon lange nicht in Frage. Die Ausführungen des Verteidigers waren so überzeugend, daß sich sogar der Staatsanwalt dem Antrag auf Freisprechung anschloß.

Der Richter zog sich zur Beratung zurück, verschob aber die Verkündung des Urteils um drei Tage und beauftragte dann das Urteil erster Instanz, wonach Dr. Kammel zu 7 Tagen Haft und 100 Zloty Geldstrafe verurteilt wurde. Gegen das Urteil ist Kassationsklage bei dem Obersten Gericht erhoben worden. Bei dem klaren Tatbestand ist anzunehmen, daß dann Freisprechung erfolgen wird.

65 Ueberläufer vor Gericht.

Der Marsch der Arbeitslosen von Mendorf und Schwarzwald (Ost-Oberschlesien) nach Hindenburg (West-Oberschlesien), über den wir seinerzeit berichteten,

Die deutschen Arbeiter bleiben treu.

Bromberg, den 16. November 1933.

Gestern Abend fand in dem Saal des Hotel Pomorski am Bollmarkt eine öffentliche Versammlung statt, die von dem Niemcecki Związek Robotniczy (sogenannter Deutscher Arbeiterbund), an dessen Spitze ein gewisser Stroiński, der ehemalige Zuchthausler Pylarski und ein gewisser Belicki stehen, einberufen worden war. Bezeichnend war, daß die polnische Presse Einladungen zu dieser Versammlung erhalten hatte; die „Deutsche Rundschau“ hatte man geflissentlich übersehen!

An der Versammlung nahmen etwa 200 Personen teil, davon ein großer Teil Polen. Als Erster sprach das fr. Soldatenrats-Mitglied Belicki über Zweck und Ziel des „Arbeiterbundes“. Er verführte dabei auch die Frage einer deutschen Volksstumsorganisation und stellte fest, daß im Grunde genommen die bisherige Organisation der Deutschen Vereinigung richtig sei. Zum Schluß behauptete er dann, daß aber die Art und Weise der Fürsorge für die Arbeiterschaft nicht das Vertrauen bei den deutschen Arbeitern stärke. In der deutschen Winterhilfe bemängelte er, daß auf der Kundgebung bei Włocławek ein Redner aufgetreten sei, der noch sehr jung ist. Die Ausführungen Belickis fanden teilweise sehr starken Widerspruch aus der Versammlung. Nach ihm ergriff ein gewisser Hübscher das Wort, der zunächst versuchte, sich in unqualifizierbaren persönlichen Angriffen gegen einzelne deutsche Volksgenossen zu ergehen. Der ununterbrochene laute Widerspruch aus der Versammlung heraus zwang ihn schließlich dazu, sich im Ton zu mäßigen und sein Referat sehr bald abzubrechen. Danach ergriff Hauptgeschäftsführer Wiese von der Deutschen Vereinigung das Wort. Er stellte sich zunächst der Versammlung als der Leiter der Deutschen Vereinigung und als der Redner bei der Kundgebung für die Deutsche Winterhilfe vor. Unter dem brausenden Beifall der Versammlung erklärte er sodann, daß er sich gerade berechtigt fühlte, als junger Mensch für die deutschen Volksgenossen zu sprechen und gerade für die Arbeiter. Wir alle sind Arbeiter, ganz gleich ob wir Spitzhade oder Stehfragen tragen. Der Redner nahm sodann sachlich zu der Kritik an den Wohlfahrts-Einrichtungen der Deutschen Vereinigung Stellung und wies die Vorwürfe zurück. Er wurde bei seinen Ausführungen immer wieder durch den überaus starken Beifall der gesamten Versammlung unterbrochen. Zum Schluß kam er auf eine Äußerung Belickis zurück, in der dieser behauptet hatte, die Deutschen wären nur Gäste des Polnischen Staates. Herr Wiese protestierte leidenschaftlich gegen eine solche Auffassung und erklärte unter dem brausenden Jubel der Arbeiterschaft, daß dies hier unsere Heimat ist, in der unsere Väter, Großväter und Urgroßväter geboren und gestorben seien und zu der auch wir gehören und in der auch wir sterben wollen. Unter zweimaligem Abjuring des Feuerspruches verließ daraufhin der größte Teil der deutschen Arbeiter die Versammlung. Nur wenige blieben zurück. Es bestieg dann Kindermann die Rednertribüne — und die Mißmachter blieben noch im „engsten Kreise“ ein Weilschen unter sich. Kindermann plädierte für eine Zerstörung und Auflösung der deutschen Schulen in Polen. Nicht einmal bei den Zurückgebliebenen erntete er dabei Zustimmung, so daß er sich selbst berichtigte und erklärte, daß, wenn er Pole wäre, er die Auflösung der deutschen Schulen fordern würde.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 16. November.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bevölkerung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Der Luthertag in Polen.

Für die deutschen Evangelischen in Polen war der Luthertag von neuem ein Anlaß, ihre Treue zum Bekenntnis der Väter mit der Tat zu beweisen. Überall wurde er als kirchlicher Feiertag festlich begangen. Erfreulicherweise waren durch eine Verfügung des Ministeriums die evangelischen Schulkinder vom Schulunterricht befreit worden, so daß sie überall den Gottesdiensten und Luthertagen beiwohnen konnten. Auch die deutschen Organisationen, Geschäfte und Betriebe hielten an diesem Tage ihre Bureaus geschlossen und gaben so rein äußerlich dem Tage seine festliche Würde. In allen Gemeinden fanden Gottesdienste statt, zumeist nach einer einheitlich aufgestellten festlichen Gottesdienstordnung, die in vielen Tausenden Exemplaren in allen Gemeinden verbreitet worden waren, so daß überall die gleichen Luthertage von der Gemeinde und vom Chor erklangen. Gemeindefeiern am Nachmittag und am Abend mit Festspielen, Vorträgen, Lichtbildern, Gedichten und Gesängen zeigten, daß überall namentlich die Jugend der Gemeinde bereit war, den Luthertag im Sinne Luthers würdig zu gestalten. So vollendete der 10. November den festlichen Kreis, der mit dem Reformationsfest am 31. Oktober begonnen und über die Luthertage der kirchlichen Woche zu Luthers Geburtstag geführt hatte. Die Reihe dieser festlichen Tage hat das evangelische Deutschland, das sich seines Luthers Erbe bewußt ist, in unveränderter evangelischer Einmütigkeit wieder zusammengeschlossen unter der Losung des alten Schutz- und Trutzbundes „Ein feste Burg ist unser Gott“...

§ Seinen 80. Geburtstag begeht am heutigen Donnerstag einer der bekanntesten Landwirte des Kreises Bromberg, Landschaftsrat Hugo Hinrichsen-Paulinen. Er entstammt einer alten mecklenburgischen Familie. Sein Vater kaufte 1869 die Güter Rucowo und Dobrogośce in Ostpommern. Der Jubilar besaß dann das Rittergut Plonkowo im Kreise Culm, und kaufte am 1. 7. 1900 Paulinen. Er wurde bald in den Kreisrat des Kreises Bromberg gewählt und 1913 in den Kreisaußschuß, in dem er bis zur Übernahme durch Polen auch dauernd als Mitglied tätig war. Lange Jahre hindurch war Herr Hinrichsen-Paulinen bei der Westpreussischen Landschaft und 1919 wurde er in Anerkennung seiner Verdienste zum Landschaftsrat ge-

wählt. Er war langjähriges Mitglied der Landessynode; dieses Amt gab Landschaftsrat Hinrichsen erst in den letzten Jahren infolge seines hohen Alters auf. Er ist aber noch ein sehr eifriges Mitglied der Kreissynode und Kirchenältester der Kirchengemeinde Stenno. Trotz eines arbeitsreichen Lebens, in dessen Verlauf der Dienst an der Allgemeinheit nicht zurückgestellt wurde, erfreut sich der Achtzigjährige bester körperlicher und geistiger Frische. Noch vor vier Jahren konnte man ihn in Paulinen seinen täglichen Ritt machen sehen. Aus Anlaß des heutigen Festtages wurden Landschaftsrat Hinrichsen zahlreiche Ehrungen zuteil.

§ Nationalanleihe und Disziplin. Die Einzahlung der zweiten Rate der gezeichneten Nationalanleihe muß in manchen Fällen nicht ohne Schwierigkeiten von statten gegangen sein, denn der Vorsitzende des Komitees für die Nationalanleihe veröffentlicht jetzt vor der Einzahlung der weiteren Raten eine Mitteilung an alle Woiwodschaftskomitees, in welcher es u. a. heißt: „Jeder Zeichner, der in der Zeit der fälligen Raten abschwänkt, verliert nicht nur das Anrecht auf die bisher gezahlten Raten, sondern er beweist auch, daß ihm jede Disziplin fehlt. Er beweist ferner, daß er die Gesamtarbeit stört und das Solidaritätsgefühl untergräbt. Man muß jede Gleichgültigkeit im Einzahlen der fälligen Raten auf das entschiedenste bekämpfen, selbst dann, wenn es um die kleinen und kleinsten Zeichner geht. Am Schluß dieser Mitteilung weist der Vorsitzende darauf hin, daß die Nationalanleihe den Beweis für die Volksdisziplin erbringen müsse.“

§ Der 2. Deutsche Abend dieses Winterhalbjahres, der unter dem Titel „Unsere deutschen Brüder in Wolhynien“ am Dienstag zahlreiche Deutsche aller Bevölkerungsschichten im Zivilkasino vereinigte, wurde ein voller Erfolg. Er führte uns auf den Flügeln des gemeinsamen gesungenen deutschen Liedes inniger mit unseren arbeitslos gewordenen deutschen Volksgenossen zusammen. Fräulein Gerda von Alising, eine gründliche Kennerin von Land und Leuten, machte in schlichter, oft humorvoller Weise mit dem Leben und Treiben, mit dem Sprechen und Fühlen, mit der Vergangenheit und der gegenwärtigen Not unserer deutschen Brüder in Wolhynien bekannt, wobei sie von ihrer Jungmädchenschar, in der sich auch mehrere wolhynisch-deutsche junge Mädchen befinden, durch Heimatlieder und Volksreigen eifrig unterstützt wurde. Es ist ein fleißiger, hart arbeitender Zweig unserer großen deutschen Völkerfamilie, der in Wolhynien Sämpfe trocken gelegt und Wälder gerodet hat, um Land zu Brot zu erwerben. Man sagt von den Deutschen Wolhyniens: Die 1. Generation arbeitete sich tot, die 2. Generation litt Not und die 3. hatte erst Brot. Und auch dieses so spärlich, daß beispielsweise heute noch alte Frauen, um etwas Geld in die Hände zu bekommen, zwei Eimer Wasser für 2 Groschen einen Kilometer weit heranschieben. Nicht ohne Berechtigung nannten in grimmigem Groll die ersten Kolonisten eine ihrer frühesten Siedlungen „Schmalmittag“. Die verbindenden Worte zu den einzelnen Darbietungen sprach Hauptgeschäftsführer Wiese. Herzlicher Beifall dankte den Vortragenden für den Abend.

§ Eine „nette“ Nichte und ein ausgezeichnete Verteidiger. Am 30. Juli d. J. fand in Antonienhof, Kreis Kolmar, ein Feuerwehrringturnen statt, an dem u. a. auch der 46-jährige Landwirt Ewald Schewe aus Samotisch teilnahm. Nach reichlichem Genuß von Alkohol hatte Schewe die Musik aufgefordert, fleißiger zum Tanz aufzuspielen, damit er Gelegenheit habe, mehr zu tanzen. Zwischen den Musikern und dem tanzlustigen Schewe kam es deshalb zu Streitigkeiten. In seiner Trunkenheit soll nun Sch. über Polen geschimpft haben. Nach Schluß des Vergnügens, als eine Nichte des Sch. sich nach Hause begab, kam sie auf der Bahnstation mit dem dort diensttuenden Eisenbahnbeamten Jan Borowski in ein Gespräch. Als dieser sich erkundigte, wie das Vergnügen verlaufen sei, erzählte ihm die Nichte, daß es bald zu einer Schlägerei gekommen sei, da ihr Onkel in seiner Trunkenheit Krach angefangen und sich über das polnische Volk abfällig geäußert habe. Borowski notierte sich die Angaben und gab diese dann der Polizei weiter, die daraufhin eine Untersuchung einleitete und gegen Schewe Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattete. Sch. hatte sich nun deswegen vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Vor Gericht gibt der Angeklagte an, daß er sich infolge starker Trunkenheit an nichts mehr erinnern könne. Der Zeuge Borowski wiederholt vor Gericht das, was er gehört hatte. Die Nichte sagt dagegen aus, sie habe das dem Zeugen erzählt, doch will sie die von ihrem Onkel gebrauchten Ausdrücke nicht selbst, sondern von ihrer Schwester gehört haben. Ein 16-jähriger Junge, Franciszek Sroczyński, der sich auf dem Vergnügen bis zum Schluß aufgehalten hatte, bekundet, daß er ganz deutlich gehört habe, wie der Angeklagte über Polen schimpfte. Einige Polen, die gleichfalls als Zeugen vernommen werden, stellen dem Angeklagten über seine Loyalität Polen gegenüber das beste Zeugnis aus. Eine eigenartige Rolle in diesem Prozeß spielte der Verteidiger des Angeklagten, ein Rechtsanwalt aus Margonin. Seine Verteidigung beschränkte er auf einige kurze Worte. Zuerst entschuldigte er sich, daß er die Verteidigung des Angeklagten überhaupt übernommen habe, da sein Klient ohne Zweifel sich der ihm in der Anklageschrift zur Last gelegten Vergehen schuldig gemacht habe. An dieser Stelle unterbricht den famosen Verteidiger selbst der Richter, der darauf hinweist, daß seine Entschuldigung keinerlei Einfluß auf die Urteilsfällung habe. Der Verteidiger spricht dann nur noch drei, vier Worte, indem er bittet, bei der Urteilsfällung die Trunkenheit des Angeklagten zu berücksichtigen und schließt seine Rede mit den Worten: „Ich bin am Ende.“ Der Angeklagte wurde für schuldig befunden und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Vorsitz führte Bezirksrichter Szwiański.

§ Vor dem hiesigen Burgergericht hatten sich folgende Personen zu verantworten: Der 55jährige Konditor Josef Szyska aus Posen, der früher bei dem Inhaber des Café „Europa“ beschäftigt war, bestahl seinen Brotgeber systematisch vom Oktober v. J. bis Januar d. J. Zum größten Teil waren es Backwaren, die S. sich aneignete. Der Angeklagte, der geständig ist, wurde vom Gericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Gleichfalls wegen systematischen Diebstahls hatte sich der 19jährige Fleischergehilfe Franciszek Bobrowski aus Schulz zu verantworten. Wegen Hehlerei mitangeklagt ist der 53jährige Walenty Radzinski von hier. B., der früher in der Fleischererei von Leon Romanicki, Rormarkt, beschäftigt war, stahl seinem Arbeitgeber in der Zeit vom April bis September d. J. Fleisch- und Wurstwaren im Werte von einigen hundert Zloty. Für die gestohlenen Waren fand B. in dem Angeklagten A. einen eifrigen Abnehmer. Der Angeklagte B. erhielt vom Gericht eine 6monatliche Gefängnisstrafe. A. wurde zu 500 Zloty Geldstrafe verurteilt,

die im Nichtbeitreibungsfalle in eine 3monatliche Arreststrafe umgewandelt wird. — Der 40jährige Bergmann Josef Piaszkowski von hier stahl in der Nacht zum 31. August d. J. aus dem Korridor des Kaufmanns Gustav Feist ein Herrenfahrrad im Werte von 200 Zloty. Beim Verkauf desselben war ihm der Arbeiter Michal Adamczyk behilflich. Diebstahl sowie Helfer konnten später von der Polizei ermittelt werden und wurden jetzt vom Gericht, P. zu 6 Monaten Gefängnis, A. zu 3 Monaten Arrest, verurteilt.

ex Czinn (Kcynia), 15. November. In Raskownica drangen Diebe bei dem Landwirt Pawlowicz ein und nahmen 5 Gänse mit. — Bei dem Landwirt Rudzinski brachen Diebe ein Fenster auf, öffneten eine Tür und entwendeten 6 Hühner. In allen Fällen sind sie unerkannt entkommen.

z Znoworok, 16. November. Eine standgerichtliche Untersuchung ist gegen die beiden Festgenommenen, Antoni und Josef Podoskowiński aus Argenau, die den Raubüberfall auf die Wollfereispächterin Palicka verübt haben sollen, eingeleitet worden.

Gestohlen wurde der hiesigen Einwohnerin J. Kwiatkowska ein Waschbottich und durch Einbruch in die Gastwirtschaft Dworczak in Krzesatowo demselben zwei Herrenanzüge und eine größere Menge Wäsche im Werte von 500 Zloty.

Vor ca. drei Wochen stieß die Arbeiterfrau Koczowa auf dem Nachhausewege nach Krzesatowo mit einer anderen Radfahrerin zusammen und wurde dabei verletzt; ihr Zustand verschlimmerte sich von Tag zu Tag, bis sie jetzt nach drei Wochen infolge der erlittenen Verletzungen verstarb.

z Posen, 13. November. Einen schweren Unglücksfall erlitt gestern in der fr. Glogauerstraße die 26 Jahre alte Josefa Wawrzyniak vom St. Lazarusmarkt, indem sie von einem Personen-Kraftwagen überfahren und so erheblich verletzt wurde, daß sie im hoffnungslosen Zustande ins Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte.

In der Schützenstraße erfolgte gestern zwischen einer Kraftwagentaxe und einer Pferdewagen ein so heftiger Zusammenstoß, daß die beiden Wagen erheblich beschädigt und die Insassen der Droschke, eine Frau Prąszynska aus der Grünstraße 7, schwer verletzt wurde. Die alleinige Schuld an dem bedauernswerten Vorgange trägt der Taxenchauffeur, der stark angetrunken war und in rasendem Tempo in die Droschke hineinfuhr.

Aus dem Hause fr. Prinzenstraße 6 ist die 17jährige Tochter Janina des Schneiders Stanisław Golbrzyński seit Dienstag voriger Woche spurlos verschwunden.

Polnische Flagge

über „Horsf Wessel“.

„Kosciuszko“ rettet deutsche Seelen.

Einer Meldung aus Warschau zufolge geriet etwa 30 Seemeilen nördlich von Skagen (Jütland) der deutsche Fischdampfer „Horsf Wessel“ in Seenot. Die gesamte Besatzung von 12 Mann wurde durch den polnischen Dampfer „Kosciuszko“ gerettet, der sich auf dem Wege von Newyork nach Kopenhagen befand.

Nach weiteren jetzt vorliegenden Meldungen hatte der polnische Dampfer zunächst die deutsche Mannschaft des „Horsf Wessel“ übernommen und kurze Zeit darauf den deutschen Fischdampfer auf dem Meere treibend entdeckt. Man entdeckte einen der Ingenieure des „Kosciuszko“ auf den „Horsf Wessel“, der ein Gutachten darüber abgab, daß der Dampfer nicht im Sinken begriffen sei. Der Kapitän des „Kosciuszko“ ließ nun die polnische Flagge auf dem „Horsf Wessel“ hissen und übernahm das Schiff, da es herrenlos auf dem Meere trieb, als Eigentum der „Zegluga Polska“. Sodann bemühte sich der „Kosciuszko“, den Fischdampfer „Horsf Wessel“ unter polnischer Flagge nach Kopenhagen abzuschleppen. Unterwegs ging der deutsche Fischdampfer jedoch unter, so daß die polnische Besatzung, die man auf dem Schiff untergebracht hatte, wieder von dem „Kosciuszko“ übernommen werden mußte.

Der „Dziennik Bydgoski“ glaubt dieser Meldung folgende Bemerkung anschließen zu müssen:

„Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob dieses inerwärtige Spiel des Zufalles nicht ein beredtes Memento für die jetzigen ist, die auf den Untergang unseres Staates und unseres Volkes lauern.“

Soweit das polnische Blatt. Dieses „beredte Memento“ hat vor mehr als Jahresfrist einen würdigen, vielleicht einen noch würdigeren Vorgänger gehabt, nämlich, als das polnische Transatlantik-Flugzeug „Pisudski“ mit den Fliegern Jdzikowski und Kubala von einem deutschen Dampfer gerettet wurde. Dieses symbolische Memento haben leider der „Dziennik Bydgoski“ und alle seine Leser in der Zwischenzeit vergessen. Man vergißt manche Dinge leider sehr schnell. o.k. wir unterrichtet sind, wurde das im Meer treibende Flugzeug der polnischen Ozeanflieger nicht gefapert, sondern von den deutschen Seelen, die angelich, auf den Untergang alles Polnischen lauern“, nur — gerettet!

Diese Haltung war für den Kapitän des „Kosciuszko“ leider kein Memento! Deshalb versank wohl auch die gekaperte Priße in den Blüten des Meeres.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praggobski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 264.

Die Verlobung unserer Tochter
Hildegard mit Herrn Helmut Dom-
browski beehren wir uns anzukündigen.

Paul Schedler
und Frau Hedwig geb. Kuch.
Ryczywół, pow. Dobrzyń, den 12. 11. 1933.

Hildegard Adelheid Schedler
Helmut Dombrowski
Verlobte.

Ryczywół.

Krąjewo.

Solider, strebsamer

Landwirt
30 J., evgl., 9000 Zł. in
Bar, wünscht Bekann-
schaft mit herzgensu-
t, häuslich, Mädel zwecks
gemeinsamlicher

Erfahrungsgewinnung.
Bei geregelter Verhält-
nisse in Landwirtschaft
angenehm. Dame
welch. an ein trautes
Eheglück gelegen, bitte
Bildhoff. u. 7. 7884 an d.
Geistl. d. Ztg. zu richt.

Junges Landwirt.
Besitzer einer 120 Morg.
groß. Landwirtschaft, sucht
hübsch., jung. Mädchen
mit Vermögen zwecks
später. Heirat
kennen zu lernen. Off.
mit Bild u. Angabe des
Vermögens, unt. 7. 7907 a.
die Geistl. d. Ztg. erb.

Kaufmann
25 Jahre, evangelisch,
mit eigenem, gutgehen-
dem Geschäft, sucht

Lebensgefährtin.
Junge Mädchen woll.
Bildhoffert. m. Vermögen.
Angaben unt. 7. 3876
an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung richten.
Bild w. zurückgeliefert.



KONTOBÜCHER
Hauptbücher
Kontokorrentbücher
Kassabücher
Kladden

Amer. Journale
mit 8, 12 und 16 Konten
Loseblatt - Kontobücher
Registerbücher

Extra-Anfertigung von Kontobüchern
jeder Art schnell, sauber und preiswert

A. Dittmann T. z.
o. p.
Tel. 61. Bydgoszcz, Marszałka-Focha 6.

W o ?
mohnt der billigste
Uhrmacher 7857
und Goldarbeiter.
Pomorska 35.
Erst Buchst.
Radio-Anlagen billigt.

An- und Verkäufe

Wer tauscht mit Deutschland?

Billenbesitz in Süddeutschland und
großes Fabrikvermögen in Norddeutsch-
land, beides unbelastet gegen ausl.
Immobilien mit finanziell. Genehmi-
gung zu tauschen gesucht. Steuerwert
über 1, Mill. MZ. Zuschrift u. A. 16740
an Ala Anzeigen A.-G., München 2M.

Fabrikkartoffeln

kaufe in jeder Menge und zahle bar
am Tage der Abnahme. 7788

„Luba-Wronki“

Sp. Aka.
Przemysł Ziemniaczany
Oddział w Toruniu
Szosa Lubicka 38/58 — Telefon 168.

Grundstück

große Scheunräume
für Heupresserei, Lager-
räume für Getreide,
1200 qm. Dampfmaisch. für
Schrotterei vorgelegt,
verkauft. Off. u. 7. 7909
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Suche Kolonialwar.
Geschäft mit Bieraus-
schank und Garten zu
kaufen oder zu pach-
ten. Gefl. Offerten
unter 7. 7933 an die
Geistl. d. Ztg. erb.

2 Hausgrundstücke
in Toruń und Sepolno
günstig zu verk. Ausst.
Gastowitz, Toruń,
Bydgoszcz 104. 7827

3 Zimmer-Wohn.
renov., an fester. Ehe-
paar zu vermieten. Off. u.
7. 7935 a. d. Geistl. d. Ztg.

3 Zimmer-Wohn.
gekauft. Off. unt. 7. 3920
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

2 Zimmer-Wohn.
Rüche, Gas, elektr. Licht
an fester. Miet. sofort
zu vermieten. Offerten
unter 7. 3927 an die
Geistl. d. Ztg. erb.

Büro mit angeschlossen.
Lagerraum, so-
fort zu verm. Wodzie,
Gdańsk 76. 3940

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer billig zu
verm. Plac Poznański 1.
Wohnung 7. 7168

Schweizerhaus
4. Schenke.
Empfehle den geehrten
Gästen mein Familien-
hotel. Guten Kaffee
in Rännchen u. Kuchen.
7605 W. Kleinert.

3 Klubsessel

Rinderstreuholz
Stückholz
verkauft
Aról. Jadowitz 10, W. 1.

Ruhbaum - Ausziehtisch
zu verkaufen (50 Zl.). Off. u.
7. 3930 a. d. Geistl. d. Ztg.

Ein Stand gute
Betten zu verk. Ausst.
Ann.-Exp. Holzkendorff.
Pomorska 5. 3939

**Zahnärztlicher De-
pompstisch, Steinap-
marmorplatte u. ver-
nünftiger Bandantrieb
verkauft billig**
Krolowicz Jadowitz 9. m. 6

**Schmiede-
Bohrmaschine**
gut erh., taucht Rudolf
Kiemer, Kiezwala, Boff
Bodagorcz-Torun. 7868

**Röhrenmaschinen, Zent-
rifugen, eis. Defen u.
Möbel verk. billig**
Eichon, Bodwale 3.

**Singer- und Pfaff-
Nähmaschinen, Rund-
schiffchen billig zu verk.**
3938 Einadeltich 24, m. 4.

Verkaufe billig
eiserne Geldschrank
in sehr gutem Zustande
Sieron. ul. Piotrowska 7.

Internat. Kasino
(Staatl. konzessioniert)
Roulette-Baccara
Das ganze Jahr geöffnet
Freie Stadt Danzig Auskunft: Verkehrsbiro vom Kasino in Zoppot. 7739

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss verschied infolge Unglücks-
falles am 13. d. Mts., 1/12 Uhr mein guter Mann, unser lieber Vater, der

August Schönfeld

im Alter von 70 Jahren.

In tiefer Trauer

Amanda Schönfeld geb. Krüger
Berthold Schönfeld
Else Schönfeld.

Saßkowo, den 16. November 1933.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 18. d. Mts., vorm.
11 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 7929

Am Dienstag, dem 14. d. Mts., nachts um
11.45 Uhr, starb plötzlich an Herzschlag unser
treusorgendes, nie ermüdendes, unvergeßliches
Mütterchen, unsere liebe Großmutter, Ur-
großmutter und Schwiegermutter

Frau Auguste Janicka

geb. Höhne

im 83. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Helena Churacka geb. Janicka.

Naklo, den 15. November 1933.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 18. Nov.,
nachmittags um 3 Uhr, vom Trauerhause, ul. Sallera 27,
aus statt. 7921

Von seinem mit großer Geduld
getragenen schweren Leiden erlöste
Gott meinen lieben Mann, unseren
guten Vater, Schwiegervater, Bruder,
Onkel und Schwager 7926

Paul Adolf Steinborn

im 59. Lebensjahre.

Franziska Steinborn

geb. Stuchbach und Rinder.

Graudenz, den 14. November 1933.

Die Beerdigung findet am Freitag,
dem 17. d. Mts., um 3 Uhr, von der
Leichenhalle des evangel. Friedhofes
aus statt.

Grabdenkmäler
verschied. Art verkauft
sehr billig Grabstein-
geschäft Maria-Focha 36.
früh. Wilhelmstr. 3898

Unterricht
in Buchführung
Stenographie
Jahresabschlüsse
auch brieflich. 7922

Bücher - Revisor
G. Borreau
Marszałka-Focha 10.

Aufzeichnungen und
Anfertigen v. Hand-
arbeiten aller Art.
E. Krause, Ossolinski
Str. 8, Wohn. 7. 3899

Sämtliche
Baumschul-
Artikel

in größter Aus-
wahl zu den
billigsten Preisen.

Jul. Roß,
Gartenbaubetrieb
Grunwald 20.
7723 Telefon 48.

Jeder
praktische Landwirt
nutzt die günstig. Mög-
lichkeit aus, durch

Kartoffel-
Lieferungen
an die

Unamel - Fabrik
in Unislaw seinen Be-
darf an Speiseessig,
Marmelade, Kandi-
honig, Kondens usw.
einzukaufen. 4745

Personenauto
für 7 Ztr. Ladefracht
zu vermieten. (tägl. 6 Zloty).
Offerten unter 7. 3871
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Geldmarkt

5000 Zloty
auf ein Grundstück im
Mittelpunkt der Stadt
gekauft. Off. unt. 7. 3891
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

5-6000 Zł.
z. 1. St. a. Geschäftsgrd.
(Feuertasse 100000 Zł.)
gekauft. Off. u. 7. 3923
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

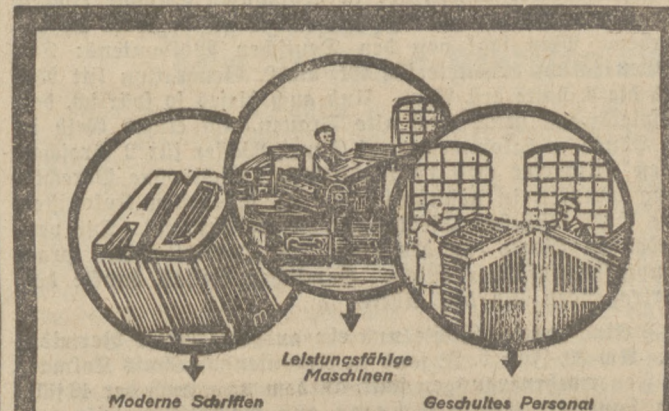
Jagiellonska 42, 1.

Achte auf die Firma und bestelle nicht bei Einzelhändlern,



welche für wenig Geld goldene Berge versprechen und
lügen, daß sie beim Kauf einer Uhr eine 6 kalibrige
Pistole oder 750 Patronen zugeben und dies alles für
7.40 Zł.; aber du erhältst es nicht. Bei uns erhält jeder
monatlich eine Schreipistole U P N 2341 (Erlaubnis nicht
erforderlich) u. 50 Patronen bei Bestellung einer Uhr
aus französisch. Gold, Schweiz. Syst. (Unter), mit ewig.
Glas u. 10jähr. Garantie für 2 6.95, best. Qualität 6.95, 7.95 u. 15. — mit 3 Per-
schlüsseldeckeln 11.95, 14. —, 19. —, 20 — u. 25. — Zł. Extraloch auf Steinen 21.4 —
und 16. —, Damen- und Herrenarmbanduhr 9.95, 12. —, 16. — und 25. — Zł.

Adresse: Fabr. Zeg. SZ. SKRZYDŁOWER, Warszawa I, Skrytka 386 Oddz. D.



das sind unsere Trümpfe,

die wir Ihnen in die Hand geben zur
geschmackvollen und preiswerten Aus-
gestaltung Ihrer Drucksachen. Liebes
hergestellte Werbedrucke sind wertlos
und wandern in den Papierkorb. Ver-
langen Sie von uns unverb. Vorschläge

Großdruckerei A. Dittmann
T. z. o. p.
Bydgoszcz, Marsz. Focha 6, Telefon 61

Heirat

Ausländerinnen
reiche, viel vermögende
deutsch. Damen wünsch.
glückl. Heirat. Ausst.
kostenlos, überzeuge dich
auch ohne Vermögen.
Vorschläge an Damen
sofort. Stabray, Berlin,
Stolpischtr. 48. 7362

Blondine
evangel., groß, schlank,
wirtschaftl. u. musikal.,
mit nett. Ausst., sucht
da einm. lebend. auf
diesem Wege einen

Lebenskameraden
im Alter von 32 bis 45
Jahre, kann zu lernen.
Bildhoff. unter 7. 7885
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Witwer, evgl., m. ein.
Landgrdt.,
Wert 20000 Zł., sucht
pass. Damenbekann-
schaft mit etwas Ver-
mögen zwecks

balbiger Heirat.
Gefl. Zuschr. u. 7. 7883
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Hausbesitzer
Hauswert 100000 Zł.,
wünscht die Bekann-
schaft einer gel., ja,
Dame im Alter von 20
bis 25 Jahren zwecks

Heirat.
Bin 26 Jahre alt, 1,77
groß, dunkelblond, evgl.
konst., gute Erziehung,
Vermögen erwünscht,
doch nicht Bedingung.
Nur ernstgem. Bild-
offerten unter 7. 7916
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Offene Stellen

Brennerei-
verwalter
mit behördlich. Brenn-
erlaubnis zu so gleich
gekauft. Zeugn.-Abscr.
erbeten.

Temme, Wągrowo
(Grudziądz). 7892

Suche sofort ledigen
Melter 7900
mit guten Zeugnissen.
E. Heise, W. Kiezwala,
P. Cierpie, pow. Toruń.

Suche ein durchaus
zuverl., besseres, frbl.
Hausmädchen
das gut polnisch spricht.
Offerten mit Gebalts-
angabe, find zu richt.
unter 7. 100 an die
„Gulmer Zeitung“
Eichmann, M. Focha 29.
7810

Suche v. sof. best. evgl.
Mädchen.
Selbstes darf sich vor
keiner Arbeit scheuen.
Offerten mit Gebalts-
angabe, Lebenslauf,
wenn möglich m. Bild
unter 7. 7904 an die
„Deutsche Rundschau“.

Junges, fleißiges, zu-
verlässig., einfach., evgl.
Mädchen
v. Lande, zu jed. Arbeit
willig, melten versteht,
für 4 Morg. Wirtschaft
sucht mit Alters- und
Bodnangabe 7930
Fr. Wiens, Wągrowo,
Isola Dworcowa 13.

Stellengehuche

Alteinst., gewissenhaft
45 Jahre alt,
Mann, erhält dau-
ernde Rente, sucht Stel-
lung als

Wirtschaftler
a. ein. H. Landwirtsch.
od. i. and. Sache, nur f.
Lebensunterh. Off. unt.
7. 3932 a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Mühlen-
werkführer
welcher in 10-Tonnen-
Mühle beschäftigt ist
und selbst mitarbeit.
auch mit Motorantrieb
vertraut ist, wünscht
bei beiseid. Anprüfungen
Stellungswechsel. Off.
unter 7. 7877 an die
Geistl. d. Ztg. erb.

Verheirat., evangelisch.
Schmied
28 Jahre alt, sucht Stel-
lung auf Gut, Dorf od.
sonst. Betrieb. Bin be-
wand. in all. Schmiede-
arbeit, low. Maschinen-
reparatur. Habe lange
Jahre in groß. Betrieb.
gearbeitet. Eig. Hand-
werkzeug vorhanden.
Erst. Heise, Gąrnowo,
ul. Ogrodowa 1. 7912

Evangel. Mädchen
schon in Stell. gewes.,
sucht von sof. od. später
Stella. frbl. Ang. u. D.
3912 a. d. Geistl. d. Ztg.

Evangelische
Landwirtschtochter
schon in Stell. gewes.,
sucht von sof. od. später
Dauerstellung. Gefäll.
Offert. erbitt. Mathilde
Kose, Padniewo, pow.
Włocławek. 7883

Erf. Mädchen, das schon
in Stellung war, sucht
Stellung als

Hausmädchen
auch zu Kindern. Off.
unter 7. 7866 a. d. Geistl.
der „Deutsche Rundsch.“

Evangel., Mädchen
junges
6 Jahre in Stellung
gewesen, sucht Stellung
als Rüche-
od. Kleinmädchen.
Gefl. Offert. unt. 7. 7908
a. d. Geistl. d. Ztg. erb.

Junge Frau bittet um
Baldheilen, auch Auf-
wartung für Freitag
und Sonnabend 3896
Dworcowa 39, Wg. 9.

Aufwartestellen
f. halb. Tag sucht evgl.,
anst. Mädch. Off. unt. 7.
3925 a. d. Geistl. d. Ztg.

Kanzlisten Jan Hartwig zugeteilt. Eine nach einer gewissen Amtszeit durchgeführte Revision offenbarte jedoch, daß sich selbst die Sachverständigen schwer durchfinden konnten. Da auch in der Kasse ein Fehlbetrag von 1478 Zloty festgestellt wurde, wurden sowohl Droboszynski als auch Hartwig wegen Unterschlagung dieser Summe zur Verantwortung gezogen. Die erstinstanzliche Verhandlung in dieser Sache fand im Mai d. J. bei der auswärtigen Tagung in Culm statt. Während das Gericht Hartwig von Schuld und Strafe freisprach, verurteilte es Droboszynski zu 1½ Jahren Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft und 5jährigem Strafaufschub. Infolge der durch den Angeklagten Droboszynski eingelegten Berufung wanderte die Sache jetzt vor das Appellationsgericht. Die Revisionsverhandlung endete mit der Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils.

d. Gdingen (Gdynia), 15. November. Verunglückt ist heute im eigenen Hause Franz Musz, der von der Treppe herunterfiel und neben anderen Verletzungen einen gefährlichen Armbruch davontrug.

Eine neue Schiffsverbindung ist zwischen Gdingen und Yokohama errichtet worden. Die Schiffe werden zwischen Gdingen und den japanischen Häfen dreimal monatlich verkehren.

Vom plötzlichen Tod durch Herzschlag ereilt wurde gestern Abend der Direktor der Firma Ackermans, van Saaren, der gleichzeitig holländischer Vizekonsul in Gdingen war.

Schwer bestohlen wurde der Beamte J. Goblewski. Auf bisher unaufgeklärte Weise drangen unbekannte Diebe in die Wohnung ein und stahlen hier zwei Mäntel, drei Anzüge, Wäsche und anderes im Gesamtwert von etwa 900 Zloty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

tz. Konitz (Chojnice), 15. November. Heute Nacht gegen 1 Uhr ereignete sich in der Nähe von Karlin ein Autounfall. Ein Lastauto der Firma Browar Pomorski fuhr infolge Versagens der Steuerung in den mehrere Meter tiefen Chauffeegraben. Der Chauffeur und der Mitfahrer kamen mit leichten Verletzungen davon, der Wagen überschlug sich und wurde dabei erheblich beschädigt. Auch ein großer Teil der mitgeführten Waren wurde vernichtet.

Der heutige Wochenmarkt war sehr schlecht besucht. Butter kostete 1,40—1,70, Eier 1,70—1,80.

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein hielt gestern unter der Leitung des Vorsitzenden Witecki eine Versammlung ab, bei der über die Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste gesprochen wurde. Da aber doch keine Aussicht besteht, daß ein Kandidat durchkommt, wurde in der Diskussion beschlossen, Kandidaten des Vereins an günstiger Stelle bei anderen Parteien unterzubringen. Da polnische Parteien dem Verein Kandidaten nur an ausführenden Stellen, 3. und 5. Stelle angeboten haben, dürfte die deutsche Liste allein den Mitgliedern die Möglichkeit bieten, Männer in die Stadtverwaltung zu bekommen, die wirkungsvoll die Interessen der Hausbesitzer vertreten.

Kurz vor Gutowitz wurde ein deutsches Auto mit Steinen beworfen und sämtliche Scheiben darin zertrümmert. Die Burschen wurden erkannt und hatten sich wegen großen Unfalls vor dem Gericht zu verantworten. Dieses schlug aber die Klage nieder, weil der Geschädigte eine Privatklage anstrengen soll. — Auf dem Heimwege von Konitz wurden die Kinder des Besitzers Fedde aus Osterwitz von unerkannten Gefährten mit Steinen beworfen. Der Sohn wurde erheblich am Kopf verletzt.

h. Röhau (Ruhawa), 13. November. Der Anstich von Rindvieh und Pferden zum letzten Viehmarkt war recht bedeutend. Trotzdem eine große Anzahl Rinder von Händlern aufgekauft wurden, zeigten die Preise hierfür eine sinkende Tendenz. Gute Milchkuhe wurden zu 120 bis 180 Zloty, schlechteres Material zu 70—100 Zloty und Jungvieh zu 80—120 Zloty gehandelt. Ziegen gab es zu 8—15 Zloty. Arbeitspferde kosteten 70—120 Zloty.

a. Schwetz (Swiecie), 15. November. Auf dem hiesigen Standesamt kamen in der Zeit vom 1.—31. Oktober dieses Jahres 18 Anmeldungen zur Registrierung, und zwar: 14 Geburten, 6 Knaben, 8 Mädchen, 2 Eheschließungen und 2 Todesfälle.

In einer der letzten Nächte sind Diebe in die Wohnung von Franz Aniszewski in Buschin eingebrochen und entwendeten dort 186 Zloty Bargeld, eine Uhr, einen Revolver und Lebensmittel. Der Schaden beträgt 400 Zloty.

Der Tagelöhner Bronislaw Supczynski, der bei dem Landwirt Konrad Karwacz in Wierzchni im Dienst stand, erlitt einen bedauerlichen Unfall. Derselbe war in der Scheune beschäftigt, wobei er sich ein Bein unter den Dreschbalken fiel. Dabei brach er sich beide Arme.

x. Zempelburg (Cepelino), 15. November. Die 450. Wiederkehr von Luthers Geburtstag wurde in der evangelischen Gemeinde feierlich begangen. Vormittags fand in der Kirche ein Festgottesdienst statt, der durch den Kirchenchor verschönt wurde, und abends wurde in dem Gemeindehause eine musikalische Feierstunde abgehalten.

Ein dreier Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Dienstag bei dem Besitzer Albert Vorchert in Wittun hiesigen Kreises verübt. Eine Diebesbande drang in die Stallungen ein und stahl zwei Pferde nebst Kutschgeschirren, sowie einen Kutschwagen, mit denen sie nach der nahe gelegenen deutschen Grenze unerkannt enttamen. Der Schaden beträgt ca. 1000 Zloty.

Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreise ist unter den Pferdebeständen des Besitzers Albert Bräuer in Kamin die Rottkrankheit ausgebrochen. Die erforderlichen Spermaßregeln sind angeordnet worden.

P. Bardsburg (Wiechork), 15. November. Am gestrigen Dienstag fand im Ehrlichen Saale ein „Unter Abend“ statt, welcher eine zahlreiche Zuhörerschaft aufzuweisen hatte. Als Mitwirkende waren zu diesem Abend Mitglieder des Danziger Stadttheaters verpflichtet. Das reichhaltige Programm bestand aus Viedervorträgen und Arien, die hervorragend vorgetragen wurden. Reichen Beifall ernteten Vorträge in Danziger Mundart.

Der Briefträger kommt

In den Tagen bis zum 23. November zu unseren **Post-Abonnenten**, um den Abonnementsbetrag für den Monat **Dezember** in Empfang zu nehmen. Wir bitten, von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verursacht keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche Weiterlieferung der Zeitung. **Postbezugspreis für den Monat Dezember 4.89 Zloty.**

Weitere Kommunisten als Zeugen im Lubbe-Prozess.

Berlin, 16. November. Am Mittwoch wurde die Verhandlung im Reichstagsbrandstifterprozess mit der Mitteilung des Senatspräsidenten Dr. Büniger eröffnet, daß die von Rechtsanwalt Dr. Saß beantragte Verlesung einer Rede des Abgeordneten Torgler, die dieser vor dem Preussischen Staatsrat im Februar d. J. gehalten hat, während des politischen Teils der Verhandlungen erfolgen soll.

Als erster Zeuge wird der aus der Schutzhaft vorgeführte frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Kerff vernommen. Er erklärt im Gegenfakt zu der Bekundung des Zeugen Kuntzschal über eine Geheimversammlung kommunistischer Funktionäre in Düsseldorf, an der der Angeklagte van der Lubbe teilgenommen haben soll, daß er van der Lubbe am Dienstag zum erstenmal gesehen habe.

Eine weitere Zeugin, Frau Ryschkowski aus Berlin, von der Verteidigung geladen, kann sich zwar nicht erinnern, daß Popoff bei ihr gewohnt hat, sie hält es aber für möglich, daß er in einem abgelegenen Zimmer jüdische Emigranten aus Ungarn, Polen usw., die ihr von der Roten Hilfe überwiesen worden waren, besucht hat.

Der kommunistische Schriftsteller Jakob Rosner aus Prag, ein geborener Pole, ist ebenfalls auf Wunsch der Verteidigung geladen worden, weil er wahrscheinlich im Bayernhof mit van der Lubbe verwechselt worden wäre. Man muß es aber für ausgeschlossen halten, daß dieser kleine, schwächliche Mann mit van der Lubbe verwechselt werden kann. Fast jede Frage, die ihm vorgelegt wird, beantwortet er mit der Erklärung, daß er sich nicht mehr entsinnen könne. Van der Lubbe habe er in seinem Leben überhaupt nicht gesehen.

Nach der Mittagspause werden zunächst mehrere Zeugen vernommen, deren Aussagen nichts wesentlich Neues ergeben. Der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Neubauer, der um nochmalige Vernehmung gebeten hatte, erklärt, er kenne Dimitroff erst seit seiner Vernehmung Ende Oktober vom Prozess her und habe niemals mit ihm zusammen einen Fahrstuhl im Reichstag benutzt. Demgegenüber bleibt der Fahrstuhlführer Kaufmann mit der gleichen Bestimmtheit wie früher dabei, daß er Dimitroff bei Neubauer gesehen habe. Die russische Zeugin Fräulein Dr. med. Wissitschewa aus Leninograd äußert sich über den Aufenthalt des Angeklagten Popoff im Spätsommer 1932 in Russland. Sie behauptet, daß sie damals im Sanatorium Suik-Su in der Krim Popoff mit seiner Frau gesehen habe. Eine Gegenüberstellung des Zeugen Rudolf Bernstein, der aus Sonnenburg vorgeführt wird, mit dem Angeklagten Taneff ergibt, daß eine Verwechselung zwischen beiden vielleicht möglich ist. Schließlich wird noch eine Bulgarin Tschikalikowa vernommen, mit der Taneff „wie Mann und Frau“, wie er sagt, zusammen gelebt hat. Sie erklärt, daß Taneff sich seit Januar 1932 ununterbrochen bis zum 21. September 1932 in Sofia aufgehalten habe.

Am Schluß der Mittwochssitzung teil Senatspräsident Dr. Büniger mit, daß der Senat aller Voraussicht nach am Sonnabend wieder nach Leipzig übersiedeln werde. Die Vernehmungen und die Beweishebungen würden dann mit Ausnahme des politischen Teils beendet sein. Ob noch am Sonnabend selbst eine Sitzung in Berlin stattfinden werde, steht noch nicht fest. Jedenfalls bleibe der Donnerstag dieser Woche noch einmal sitzungsfrei.

Im Reichstagsbrandstifter-Prozess überreichte der Angeklagte Dimitroff am Mittwoch dem Senat den Antrag, zu verschiedenen Fragen politischer Natur auch den Vorsitzenden der früheren KPD Thälmann zu vernehmen. Der diesbezügliche Beschluß des Senats wird voraussichtlich am Freitag verkündet werden.

Polnische Kunstausstellung in Moskau.

In der Terejakowskaja-Galerie in Moskau wurde am Sonntag eine Ausstellung moderner polnischer Maler in Gegenwart zahlreicher Vertreter der sowjetrussischen Regierungskreise, der Militärs und der Künstlerwelt feierlich eröffnet. Zahlreich waren auch das diplomatische Korps, sowie russische und ausländische Pressevertreter zugegen. Der polnische Gesandte Lukasiwicz hielt vor dem feierlichen Akt eine Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß diese erste polnische Kunstausstellung in Moskau und das am Sonnabend stattgefundene polnische Konzert eine wichtige Etappe in der weiteren Entwicklung der gegenseitigen Annäherung auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen bilden werden. Nachdem Minister Lukasiwicz das Band in polnischen Nationalfarben durchschnitten hatte, begrüßte im Namen der Sowjetregierung Vizekommisär Epstein die Eröffnung der Ausstellung, wobei er sich anerkennend über die polnische Malerei und die polnische Musik aussprach. Die Vorsitzende der sowjetrussischen Kultur-Organisation, Frau Lerner, bezeichnete die Ausstellung als eine freundschaftliche Antwort der polnischen Maler auf die sowjetrussische Ausstellung in Warschau und als ein Glied in der Kette der polnisch-russischen freundschaftlichen Beziehungen, auf deren Hintergrund die kulturelle Annäherung die erste Rolle spiele.

Ein Rembrandt gestohlen.

Ein Diebstahl von wertvollen Kunstwerken, die dem schwedischen Sammler Ingenieur Räscha gehörten, hat ungeheures Aufsehen erregt, da unter den gestohlenen Werken ein Rembrandt-Gemälde sich befindet, das auf etwa eine halbe Million Kronen geschätzt wird. Außerdem ist den Dieben ein sehr wertvolles altes Brevier in die Hände gefallen. Man nimmt an, daß die Täter einer internationalen Einbrecherbande angehören, die vor einigen Tagen Einbrüche in die Wohnung und die Kunstsammlung des Führers der Konservativen Partei Trygger ausgeführt haben.

Rein Friedens-Nobelpreis 1933.

Der für die Verteilung der Nobelpreise zuständige Ausschuss des norwegischen Storting (Landtag) hat beschlossen, für dieses Jahr eine Verteilung des Friedens-Nobelpreises nicht vorzunehmen.

Deutschland verläßt den Penklub.

Die letzte Sitzung des Präsidiums der Penklubs in London nahm — polnischen Meldungen zufolge — einen stürmischen Verlauf. Der Vorsitzende, der die Mehrheit der zusammengekommenen Teilnehmer hinter sich hatte, richtete an den deutschen Delegierten Dr. Edgar Schmidt-Pauli die Forderung, daß der Deutsche Penklub entsprechend den statutarischen Bestimmungen des Penklub-Verbandes offiziell seine unpolitische Richtung zum Ausdruck bringe und damit die in der letzten Zeit durch den Deutschen Penklub abgegebene Erklärung der Loyalität gegenüber der Hitler-Regierung zurückziehen solle. Der deutsche Delegierte, der von seinen deutschen Kollegen mit einer entsprechenden Vollmacht ausgerüstet war, widersetzte sich energisch dieser Forderung, so daß der Vorsitzende den Antrag stellte, den Deutschen Penklub aus der Weltorganisation der Penklubs auszuschließen. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen; der deutsche Delegierte verließ unverzüglich die Konferenz.

Nach der glaubhafteren deutschen Darstellung erklärte die deutsche Gruppe des Penklubs durch Dr. Edgar Schmidt-Pauli selbst ihren Austritt mit folgender Begründung:

Nach der von dem Exekutivkomitee abgegebenen Erklärung (wonach die Aufnahme von kommunistischen Mitgliedern jeder Landesgruppe des Penklub zur Pflicht gemacht wurde!) sehe ich für den Augenblick keine Möglichkeit mehr zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit der Deutschen Gruppe mit dem internationalen Penklub. Vorbehaltlich der Zustimmung des Vorstandes und der Generalversammlung der Deutschen Gruppe muß ich daher diese Zusammenarbeit als beendet ansehen. Wir deutschen Schriftsteller werden nach wie vor für den Frieden der Welt arbeiten, aber auf einem Wege, den wir für richtig und erfolgreich erachten.“

Die Deutsche Gruppe wird sich vom internationalen Penklub voll und ganz lösen, jedoch — neu konstituiert — sich an die nationalbewußten Dichter und Schriftsteller in anderen Ländern wenden, die bereit sind, unter Wahrung und Achtung der nationalen und völkergemäßen Eigenart des dichterischen Schaffens der Völker über die Ländergrenzen hinweg zusammenzuarbeiten für den Frieden der Welt und den Austausch der geistigen Güter der Nationen.

Juristische Rundschau.

Wer ist verantwortlich, wenn eine Zeitung zu Unrecht beschlagnahmt wird?

Die das „Stomo Pomorskie“ aus Warschau meldet, ist in Regierungskreisen der Entwurf einer Verordnung über die Verantwortlichkeit der Staatsbeamten für ihre Tätigkeit bei der Beschlagnahme von Zeitungen in Bearbeitung. Nach diesem Entwurf sollen die Beamten, die sich mit der Zensur der Zeitungen beschäftigen und Anordnungen über die Beschlagnahme wegen solcher Mitteilungen treffen, die gegen die Bestimmungen des Prejessgesetzes oder des Straßengesetzes verstoßen, zu einer genauen Anwendung dieser Gesetze verpflichtet sein. Für alle unbegründeten Zeitungsbeschlagnahmen, die vom Gericht nicht bestätigt werden, werden die Beamten die Verantwortung tragen, welche grundlos die Beschlagnahme angeordnet haben. Die Verantwortung wird nach dem Entwurf sowohl einem disziplinarischen wie auch einem materiellen Charakter tragen.

Auf diese Weise ist beabsichtigt, der ungeheuren Belastung entgegenzutreten, die der Staatsfiskus aus dem Titel der Zahlung von Entschädigungen für unbegründete Beschlagnahmen bis jetzt über sich ergehen lassen mußte. Die materiellen Folgen dieser durch die Gerichte nicht bestätigten Beschlagnahmen würde von nun an nicht der Staatsfiskus, sondern der Zensor bzw. sein Vorgesetzter zu tragen haben.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 18. November.

Deutschlandseher.

06.35: Konzert. 10.10: Schulfunk: Werkstücke. 10.50: Fröhlicher Kindergarten. 11.30: Wirtschaftliche Wochenschau. 11.45: Zeitfunk. 12.05: Feierstunde. Unsere Heimat Vrandenburg, des Reiches Streifendbüchse. 14.00: Tanzmusik auf Schallplatten. 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Spätmacher und lustige Briber. Der Kaiser des Grafen Pöck. 16.00: Konzert. 17.20: Ballet Gieseking spielt. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Franz Wänther: Akrobaten im Schaufelstuh. 18.25: Zur Unterhaltung: Mädchenbildnisse. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Atheinisches Karrenschiff“. 20.00: Kernspruch. 20.05: Briefchen heraus. Großer fröhlicher Studenten-Abend. 22.00: Seewetterbericht. 23.00: Hörbericht vom Sechstagerennen im Sportpalast, Berlin. 23.10—24.00: Von München: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 11.45: Konzert. 14.10: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.10: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Atheinisches Karrenschiff“. 20.10: Aus dem Stadttheater zu Breslau: „Wiener Blut“, Operette in drei Akten. Musik von Joh. Strauß. 23.10—00.30: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.05: Schulfunkstunde. 11.05: Landwirtschaftlicher Schulfunk. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 15.05: Für unsere Jugend. 16.15: Unterhaltungskonzert. 18.25: Hausmusik für Violine und Klavier. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Atheinisches Karrenschiff“. 20.00: Nachrichten. 20.10: Ökologische Wehrkunde. 22.00: Nachrichten. Anst. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Leipzig.

06.35: Konzert. 12.00: Konzert. 14.30: Kinderstunde. 16.00: Konzert. 17.20: Gegenwartslexikon. 17.40: Letzte vollständige Gitarrenmusik. 18.00: Deutsch. 19.00: Stunde der Nation. Von Langenberg: „Atheinisches Karrenschiff“. 20.00: Unter Abend. 22.00: Tages- und Sportnachrichten. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Warschau.

12.05: Jazzmusik. 12.38—13.00: Jazzmusik. 16.55: Opernduette (Schallplatten). 18.20: Schallplatten. 19.20: Festkonzert zum 15. Jahrestag der Letztlichen Republik. 21.15: Chopin-Konzert. Klav. Sopran; Witkomirski, Klavier und Witkomirski, Cello. 22.25: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Verlangen Sie überall

auf der Karte, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Mehr Mäßigung in den polnisch-russischen Beziehungen!

Das Wilnaer „Słowo“, das Sprachrohr des Abg. Mackiewicz, hat sich schon wiederholt gegen die allzu herzliche Anbiederung an Moskau gewandt mit der Begründung, daß dies der Selbstachtung der polnischen Nation Abbruch tue. Mit demselben Thema beschäftigt sich jetzt im „Słowo“ ein Herr Szymon Meyzutowicz in einem längeren Artikel, dem wir folgende bemerkenswerten Absätze entnehmen:

Die Zeitungen brachten uns vor einigen Tagen die Meldung von dem Fluge unserer Flugzeuge nach Moskau. Die Führung hatte Oberst Rayfki selbst. Der Austausch der Telegramme und Höflichkeiten zwischen diesem und den Moskauer Kommissaren verliehen diesem Besuch einen höchst offiziellen und herzlichen Charakter. Bald soll in Warschau ein großes Flugzeug-Geheimverhandlung des Sowjetverbandes erscheinen. Einige Blätter regen den Gedanken an, unsere Vertretung in Moskau zum Range einer Botschaft zu erheben. Mit einem Worte: gegenseitiger Gilt und Liebföhrungen auf der ganzen, bis vor kurzer Zeit noch blutigen Linie. Dieses Verhältnis drängt uns Gedanken und Erwägungen auf.

Mit Ausnahme einzig und allein Deutschlands, das sich seit der Zeit Cäsars über die Ottonen, Friedrichs, Wilhelms hinweg bis zu dem schönen Adolf allen Nachbarn gegenüber nicht gerade intim verhielt und in jedem von ihnen eine künftige Eroberung, sowie den Gegenstand eines sorgfältig vorbereiteten Raubes erblickte, (Herr Meyzutowicz sollte zuerst einmal die deutsche Geschichte studieren, bevor er solchen Unsinn schreibt. Weiß er nichts vom Besuch des deutschen Kaisers bei Boleslaw Chrobry und von der Befreiung Warschaws durch deutsche Truppen? D. N.) war das Verhältnis der Staaten und Völker zu ihren Nachbarn stets periodischen Änderungen unterworfen. Kriege, Freundschaft, ja sogar Bündnisse folgten einander in bunter Reihenfolge. Dies gehört offenbar zur Ordnung der menschlichen Dinge. Das russisch-französische Bündnis nach der für Preußen wohlwollenden russischen Neutralität im Jahre 1870, die französisch-englische Waffenbrüderschaft, die russisch-japanischen Verhältnisse, die schon einige Jahre nach dem mandchurischen Kriege festgelegt wurden, — alles dies hat niemand gewundert und konnte auch niemand wunder nehmen. Die polnisch-sowjetrussische Annäherung kann jeder denkende Bürger in beiden Staaten beifällig aufnehmen. Das sich aus dieser Annäherung ergebende Verhältnis bringt beiden Staaten gleiche Vorteile. Die Sowjets können den sie im Osten erwartenden Aufgaben heute mit mehr Ruhe als vor einigen Jahren ihre Aufmerksamkeit widmen, und Polen hat gegenüber dem Hitlerproblem und auch gegenüber dem europäischen wirtschaftlichen und politischen Chaos die unbehinderte Möglichkeit einer eventuellen Tat. Scheinbar ist also alles in Ordnung. Es bleibt jedoch die Frage der Form und des Grades.

Die Mäßigung war stets das Merkmal der beherrschten Menschen, der Völker und Staaten, die sich ihrer Kräfte, ihrer Schwäche und ihrer Ziele bewußt sind. Und so wird es auch bleiben. Die unheimliche Feindschaft noch vor einigen Jahren, die sich von russischer Seite in ständigen Grenzwissensfällen offenbarte, aber auch unsere Begeisterung für einen Nachbarn, der erst vor kurzem (und man weiß nicht, auf wie lange,) beschlossen hat, uns in Ruhe zu lassen, — das sind Merkmale, die für die politische Reife der beiden Völker gerade nicht schmeichelhaft sind. Mit Moskau kämpfen wir seit dem Augenblick, da sich die polnische und die russische Geistesbeschaffenheit unter dem Einfluß verschiedener Richtungen und entfernter Quellen des angenommenen Christentums in voneinander abweichenden und grundverschiedenen Linien zu entwickeln begannen. Das kurze Bündnis zur Zeit der Sachsenkönige und des nordischen Krieges war nur eine Unterbrechung, aber eine unglückliche in den jahrhundertelangen Kämpfen. Wie grundverschieden waren auch seit der Annahme des Christentums die polnischen und russischen Charaktere, Bestrebungen, Weltbegriffe und alle Merkmale ohne Ausnahme. Dostojewski, Tolstoi, Solowjew, Tschekow, Archajew, Lenin auf der einen Seite, Kraskinski, Sienkiewicz, Prus, Wyspianski, Pilsudski auf der anderen — dies sind Symbole der letzten zwei Generationen.

Was haben also diese beiden Völker außer etlichen hundert Kilometern der Grenze und des ähnlichen Sprachenslanges gemeinsam? Vielleicht dies: Auf dem Boden der kollektiven Seele der Keim-Familie glimmt es immer noch und wird noch lange glimmen, — die Kohle der Gemeinschaft, bereit zur Explosion, zum Ausbruch bei jeder sich bietenden Gelegenheit, der Trieb zu einer sinnlosen Vernichtung, zum Bruch der Formen und zur Verbreitung von Verwirrung, die Tendenz zur Verneinung, das Gehör für revolutionäre Lösungen, die Neigung zur Anarchie. In dieser Beziehung machen diese beiden Völker in der Völkergemeinschaft keine Ausnahme. Der Unterschied zwischen uns und unserem östlichen Nachbarn beruht darauf, daß dort hinter der künstlichen Grenze, die weder mit der Ethnographie noch mit der Geographie etwas Gemeinsames hat, — die in allen menschlichen Herden glühenden Leidenschaften, die anderswo durch die Religion und jahrhundertelange Zivilisation noch gebannt werden, die hemmenden Fesseln zerrissen haben. In ihrem Ausbruch sind sie zu einem noch nie dagewesenen Paradox gelangt, zur Vernichtung von allem. Den sozialen Bau wird man nach dem Zusammenbruch der Sowjetmacht wieder von neuem von den tiefsten Fundamenten, von der Einimpfung der elementarsten menschlichen Begriffe neu errichten müssen.

Durch den Verkehr miteinander werden die Menschen mit fremden Merkmalen durchtränkt, und wenn einer der Partner alle geistigen Errungenschaften abgeworfen hat, um von der echt marxistischen, ausschließlich materiellen Weltanschauung durchtränkt zu werden, wenn er die Staatsidee zu solchen Höhen emporgehoben hat, daß er sie den Beinhöhen und den elementaren Bedingungen des Zusammenlebens der zivilisierten Menschen entfremdet hat, wenn einer der vor anderthalb Jahrhunderten bekanntgegebenen revolutionären Rechte (nicht Pflichten) des Menschen auf dem Wege der rückgängigen Evolution zur vollständigen Negation des Individuums und seiner Rechte gelangt ist, so kann man sicher sein, daß dieser zweite, der nur etwas von den grundtätigen ethischen und rechtlichen Begriffen bewahrt hat, den ersten nicht befehren, sondern vielmehr selbst auf der abschüssigen Bahn sich zu seinem Niveau befehren wird.

Das geschieht so ungefähr mit uns. Um sich davon zu überzeugen genügt es, oberflächlich rundherum zu schauen. Die persönlich aufrichtigen und von dem geringsten Vorwurf freien Individuen, die manchmal als Anhänger der konservativen Idee gelten, wenn es sich sogar um ein untergeordnetes Interesse des Staates handelt, zögern nicht, Anordnungen zu treffen, an die sie vor 15 Jahren nicht einmal zu denken den Mut gehabt hätten. Beispiele aus der letzten Zeit: Das Gesetz über die Übernahme der Aktiva der ehemaligen Bauernbank auf den Staat bei gleichzeitiger Ungültigkeitserklärung seiner Passiven, das Gesetz über die Übernahme von Land für rückständige Steuern auf den Staat unter Vergewaltigung der Rechte des Individuums. Die Bestimmungen über das Zivilverfahren, welche die Individuen verpflichten, werden hier abgelehnt, wenn es sich um den Staat handelt, den der Osten seit kurzem über das Recht gestellt hat.

Die Beziehungen Polens zu den Sowjets sind korrekt und sollen auch nicht anders sein. Die Regierung mußte in ihrer Außenpolitik diese Korrektheit der Beziehungen erhalten, sie aber zur reinen Courtoisie

Der Kampf um das Bekenntnis der evangelischen Kirche.

Der reformatorische Kampf innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche ist soeben mit der scharfen Entgegnung des Reichsbischofs Ludwig Müller auf eine die Bekenntnisgrundlage verlassende Entschließung des Gaues Groß-Berlin der Glaubensgemeinschaft „Deutsche Christen“ in ein neues entscheidendes Stadium getreten. Wir haben gestern kurz darüber berichtet. Zum besseren Verständnis dieser verknüpflichen historischen Entwicklung lassen wir heute noch einiges Material folgen. Zunächst der Wortlaut der am 13. November im Berliner Sportpalast vorgelegten und angenommenen

Entschließung des Gaues Groß-Berlin der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“:

1. Wir sind als nationalsozialistische Kämpfer gewohnt, das Ringen um die Gestaltung einer großen Idee nicht mit einem faulen Frieden abzubrechen. Der kirchenpolitische Kampf kann für uns erst dann beendet sein, wenn das an vielen Orten zwischen Geistlichen und Gemeinden bestehende Mißtrauen überall beseitigt worden ist, das durch offenen und heimlichen Widerstand der uns in der Mehrzahl noch feindlich oder verständnislos gegenüberstehenden Pfarrer entstanden ist. Ein dauernder Frieden kann hier nur geschaffen werden durch Versekung oder Amtsenthebung aller der Pfarrer, die entweder nicht willens oder nicht fähig sind, bei der religiösen Erneuerung unseres Volkes und der Vollendung der deutschen Reformation aus dem Geist des Nationalsozialismus führend mitzuwirken.

2. Wir lassen uns keine Führer aufzwingen, die wir innerlich ablehnen müssen, weil wir weder zu ihrem Nationalsozialismus noch zu ihrem deutschen Glauben das rechte Vertrauen haben. Auf kirchlichem Gebiet können wir das Führerprinzip überhaupt nur hinsichtlich der äußeren Ordnung anerkennen.

3. Wir erwarten von unserer Landeskirche, daß sie den Prioratparagraphen — entsprechend dem von der Generalsynode beschlossenen Kirchengesetz — schnell und ohne Abschwächung durchführt, daß sie darüber hinaus alle fremdbürtigen evangelischen Christen in besondere Gemeinden ihrer Art zusammenfaßt und für die Begründung einer jüdenchristlichen Kirche sorgt.

4. Wir erwarten, daß unsere Landeskirche als eine deutsche Volkskirche sich freimacht von allem Unethischen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom alten Testament und seiner jüdischen Sittenmoral.

5. Wir fordern, daß eine deutsche Volkskirche ernst macht mit der Verkündung der von aller orientalistischen Entstellung gereinigten schlichten Frohbotschaft und eine heldische Jesusgestalt als Grundlage eines artematischen Christentums setzt, in dem an die Stelle der zerbrochenen Knechtsfesse der stolze Mensch tritt, der sich als Gotteskind dem Göttlichen in sich und in seinem Volke verpflichtet fühlt.

6. Wir bekennen, daß der einzige wirkliche Gottesdienst für uns der Dienst an unseren Volksgenossen ist und führen uns als Kampfgemeinschaft von unserem Gott verpflichtet, mitzubauen an einer wehrhaften und wahrhaften völkischen Kirche, in der wir die Vollendung der deutschen Reformation Martin Luthers erblicken, und die allein dem Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates gerecht wird.

Gegen diese Entschließung wendet sich der Reichsbischof mit folgender Erklärung:

„Auf der Kundgebung des Gaues Groß-Berlin der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ hat der Führer dieses Gaues eine Rede gehalten und eine Entschließung durchgesetzt, die mit Recht in weiten Kreisen unserer Kirche tiefste Beunruhigung und Erregung hervorgerufen hat.

Ich gehe hier nicht ein auf die Forderungen des Redners zur Verfassungsreform der Landeskirche, denen ich weitgehend zustimme und denen Rechnung getragen wird. Ebenso überlasse ich es der Reichsleitung der „Deutschen Christen“, zu den gegen ihre Mitglieder erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Ich spreche hier als der für die Wahrung des Bekenntnisses vor Gott verantwortliche Führer der Kirche und wende mich deshalb gegen die Angriffe auf die Substanz unserer evangelischen Kirche.

In der Rede ist in einer unerhört agitatorischen Weise gegen das Alte Testament gesprochen und sogar das Neue Testament einer kirchlich unmöglichen Kritik unterzogen worden. Das bedeutet nichts anderes als die Aufhebung der Bibel als der einzigen und unverrückbaren Grundlage der Kirche. Es sind weiter Anschauungen vorgetragen worden, die einer Ablehnung der reformatorischen Lehre von der Rechtfertigung allein aus dem Glauben gleichkom-

begrenzen. Bei vollkommener Anerkennung der weissen Politik unseres Außenministeriums müßte man bedeutend mehr als bisher dafür Sorge tragen, daß man unter dem Deckmantel der Korrektheit der nachbarlichen Beziehungen von dort nicht das Gift der bolschewistischen Propaganda herüber schmuggelt. Ein vor-kriegszeitlicher russischer Führer zeichnete bei Gelegenheit von Verhandlungen im Staatsrat über die städtische Selbstverwaltung das Ziel Rußlands mit folgenden Worten: Alles russifizieren, was nicht russisch ist. Die Politik der Sowjets hat diese Lösung in eine etwas andere Form gekleidet: Alles bolschewisieren, was nicht bolschewistisch ist, alles kommunistieren, was noch das Merkmal der individuellen Schöpfung oder des individuellen Besitzes trägt, alles gottlos machen, was noch auf Gott vertraut, den Geist, der sich in Qualen aus dem Joch der Materie seit 2000 Jahren befreit, in eine Materie hineinzwingen und für immer wieder vergraben. Hüten wir uns! Mögen die Herren von der Wierzbowa-Straße das ihrige tun; das ist ihre Pflicht, aber der freundschaftliche Verkehr unserer Militärs, unserer Kaufleute, unserer Journalisten, Künstler, Filmregisseure, Touristen, der Jugend — dies alles überschreitet die Grenzen einer vernünftigen Reserve und müßte entschieden unterlassen werden. Von diesem Standpunkt hängt die Zukunft der Nation und des Staates ab.

men, und durch die ein rationalistisches Jesus-Bild aus den längst verklungenen Tagen des Liberalismus wieder hervorgeholt wird. Es soll sogar, was ich kaum für möglich halten kann, das Kreuzifix abgelehnt worden sein.

Hierzu erkläre ich:

Solche Anschauungen und Forderungen sind nichts anderes als ein unerträglicher Angriff auf das Bekenntnis der Kirche. Solchen Geist lehnt die Leitung und Führung der deutschen evangelischen Kirche mit aller Schärfe ab, wie ich überzeugt bin, daß auch die lebendigen Glieder unserer Gemeinden mit solchem Geist nichts zu tun haben wollen. Ich werde nie und nimmer zulassen, daß derartige Irrlehren sich in der evangelischen Kirche breitmachen.

Ich ersuche die obersten Behörden der deutschen Evangelischen Landeskirchen, ihren Geistlichen und Gemeindevorständen unverzüglich in einem besonderen Erlaß von dieser meiner Kundgebung Kenntnis zu geben und sich außerdem, insbesondere anlässlich der bevorstehenden Feiern des Luthertages in scharfer und klarer Form an ihre Ordinations- und Amtseidgelübde zu erinnern, welches sie verpflichtet, für die Reinheit der Lehre mit allem Nachdruck einzutreten.

Nur eine Kirche, die das wahre und unverfälschte Evangelium lebendig verkündigt, kann der Volksgemeinschaft des Dritten Reiches so dienen, wie es vor Gott gefällig ist.

Scharfer Protest des Evangelischen Oberkirchenrats.

Außerdem haben eine Reihe von Mitgliedern des Evangelischen Oberkirchenrats und der Reichsleitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die Erklärung abgegeben, daß sie gegen den Inhalt der Reden der Herren Dr. Krause und Trendelenburg in der Sportpalastkundgebung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ zu Berlin am 13. November bereits an Ort und Stelle durch Herrn Bischof Peter scharfsten Protest eingelegt haben und diesen Protest hiermit vor der Öffentlichkeit wiederholen. Die Erklärung ist unterzeichnet von Bischof Friedrich Peter, Präsident Dr. Werner und von den Oberkonsistorialräten Dr. Fülle, D. Freitag, Nobiling, Dr. Friedrich Koch, Banke, Dr. Walter Koch und Dr. Thümmel.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat gleichzeitig (wie wir bereits gestern berichtet haben) den Studienassessor Dr. Krause wegen seiner den Bekenntnisgrundlagen der evangelischen Kirche widersprechenden Rede bei der Sportpalastkundgebung der „Deutsche Christen“ am 13. d. M. mit sofortiger Wirkung von seinen sämtlichen Ämtern suspendiert.

Zu dem Referat von Dr. Krause

über „Luthers völkische Sendung in der Gegenwart“ nimmt die Tageszeitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ „Der Reichsbote“ in einem von Hanns Ludwig Geiger gezeichneten Leitartikel wie folgt Stellung:

„In seinen (Dr. Krauses) Ausführungen ging vieles an dem Wollen einer bewußt christlichen Glaubenshaltung vorbei und bot sich in der Ideologie deutscher kirchlicher Dogmatik dar, die zweifellos nicht den Grundfäden und Richtlinien der Glaubensbewegung entspricht.“

Wir nehmen es als eine Verkennung lutherischer Bewußtseins, wenn dem alten Testament etwa unter Berufung auf einzelne Bemerkungen des Reformators in schneidender Weise der Garau gemacht werden soll. Wir verwahren uns gegen eine Auseinandersetzung mit dem Neuen Testament, in der eine Auswahl aus den Bestandteilen der Christustotalität getroffen werden soll. Wir lehnen auch Mißverständnisse des Begriffs der Artgemäßheit ab, die dazu führen müssen, daß die Kirche ihres besten und heiligsten Wertes entkleidet werden soll, wenn man ihr die Heilsgewißheit von der Gnade des gekreuzigten und auferstandenen Heilands schmälern will. Wir sehen in einem derartigen Vorgehen einen Irrweg, der in letzter Konsequenz von der Kirche fort und geradewegs in die Bezirke der Anschauungen im Bergmann führen muß. (Bergmann ist ein Führer der unchristlichen „Deutschen Glaubensgemeinschaft“! D. N.)

Wir lehnen es auch ab, wenn Spannungen, die sich im Bereich eines leidenschaftlichen und zur Klärung drängenden Kampfes, die nicht in die Breite hineingehören, vor einer Massenkundgebung zum Gegenstand der Beifallsäußerungen gemacht werden. Wir wollen die Kirche für unser Volk und kämpfen um dies Volk, das in der Kirche wieder eine Heimat finden muß. Daß dies geschehe, dazu wird es eines unendlich leidenschaftlichen Einsatzes bedürfen. Dieser Einsatz aber soll gerade im Ergebnis einer nengewonnenen Volksgemeinschaft von feiner anderen Zielsetzung bestimmt sein, als der: Kirche muß werden aus dem reinen und lauteeren und unangestrichelten Evangelium Anzu Christi. Hier gibt es keine Seitenwege. Hier gibt es keine Verbiegungen und Umdeutungen. Hier kann nur die entschlossene Anerkennung der Wahrheitsfrage zum Ziele führen, vor der ein entschiedenes Ja oder Nein zu sprechen sein wird.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Rückkehr zur Goldwährung?

Die WZ zur Währungsfrage.

In der letzten Verwaltungsratsitzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wurden der Bericht des Präsidenten über die Tätigkeit der Bank im abgelaufenen Monat entgegengenommen und die Vereinbarungen mit der Ungarischen Nationalbank genehmigt, wonach der 1931 gewährte Kredit von rund 20 Millionen Dollar auf drei Jahre konsolidiert wird.

Eingehend wurde von den Gouverneuren der Notenbanken die Möglichkeit der Rückkehr zur Goldwährung erörtert, für die bekanntlich auch die deutschen Vertreter ausgesprochen haben, und ferner die Frage, wo gute Anlagemöglichkeiten ausfindig gemacht werden können. Der Mangel daran hat es auch verhindert, daß bis jetzt für die von Österreich zurückgekauften 90 Millionen S. und den von Deutschland abgelassenen Rest des Reichsbankkredits von 70 Millionen Dollar eine neue, gute Unterbringung gefunden werden konnte. Die jetzt von der deutschen Reichsbank eingeleitete Marktauktion hat in diesem Zusammenhang großes Interesse erweckt. Bei der Besprechung der Bilanz, deren Summe zum Oktober-Ende auf 857 Millionen Schw. Fr. zurückgegangen ist, wurden verschiedene Wege erörtert, wie die Vermittlungstätigkeit der WZ gefördert und damit ihr Tätigkeitsgebiet nach dem Wegfall der Reparationen erweitert werden könne.

Nachdem sämtliche Personalverträge zum 31. März 1933 gekündigt worden sind, soll ab 1. April nächsten Jahres der Personalbestand um ein Drittel vermindert werden. Gleichzeitig werden die Gehälter der verbleibenden Angestellten um zehn Prozent gekürzt.

Das Privatbankwesen in Polen.

Über das Privatbankwesen äußert sich in der Beilage der „Gazeta Handlowa“ anläßlich der polnischen Unabhängigkeitsfeier der Direktor der Bankvereinsung in Polen. Die Geschichte des polnischen Bankwesens glaubt er in drei Abschnitte einteilen zu können. Die erste Zeit von 1918 bis 1924 sei von der ungesunden Inflationswirtschaft bestimmt worden. Der zweite Abschnitt von 1924 bis 1931 zeige die Merkmale der Stabilisierung und des ständigen Anwachsens der privaten Einlagen, die in dieser Zeit von 10 Millionen auf 988 Millionen Loty anwachsen, während die Kontokorrente von 20 Millionen auf 1368 Millionen Loty anstiegen.

Dann habe 1931 eine Krisenzeit für die Banken begonnen, die in der Hauptsache auf die Krisen in anderen Ländern, Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten, zurückzuführen sei. Durch diese Krisen sei ein Rückgang des Vertrauens hervorgerufen worden. Im Verlauf von 2 Jahren hätte das Privatbankwesen annähernd 1/3 der Bankeneinlagen, nämlich 680 Millionen Loty, zurückgezahlt und damit eine große Liquiditätskrise mieden. Im Zusammenhang damit sei eine außerordentliche Beschränkung der Kredite erfolgt, die sich von 1368 Millionen auf 542 Millionen Loty verringerten. Für die polnische Wirtschaft sei das eine geradezu ungeheuerliche Summe.

Der Verfasser des Artikels glaubt jedoch, daß die Krise jetzt überwunden sei. Zwar sei auch 1933 noch ein Rückgang der Einlagen festzustellen, doch sei der aus dem Fall des Dollarkurses zu erklären. Außerdem sei ein Teil der Einlagen, die aus den Privatbanken zurückgezogen wurden, bei den öffentlichen Kreditanstalten angelegt, nämlich bei der Postsparkasse und den Kommunalkassen. Diese Institutionen zeigten in den letzten 2 Jahren ein Anwachsen der Einlagen um 300 Millionen Loty. Man werde jedoch bei der Kreditgewährung auf die Mitarbeit der Privatbanken nicht verzichten können, da die Möglichkeiten der öffentlichen Kreditanstalten beschränkt seien auf die Bedürfnisse des Staates und der Selbstverwaltung und auf Kredite, die langfristige Hypothekendarlehen sind. Die Möglichkeiten der Kreditgewährung des Handelsverkehrs seien jedoch von der Operationsfähigkeit der Privatbanken abhängig.

Der deutsch-polnische Holzhandel

und seine Aussichten.

In polnischen Holzexportkreisen, die am Ausfuhrgeschäft nach Deutschland besonders interessiert sind, werden Befürchtungen laut, daß Deutschland demnächst zu einer weiteren Erhöhung der Holzaußfuhrzölle schreiten werde. Es soll angeblich von dem braunschwelgischen Finanzminister eine Eingabe bei der Reichsregierung vorliegen, in welcher eine Erhöhung der bisherigen Einfuhrzölle auf Rundholz von 0,40 auf 1 RM. und für Schnittholz von 2,50 auf 3,50 RM. verlangt wird. Auch wird angeblich die Einfuhr eines Importzölles auf ausländisches Papierholz gefordert.

In diesem Zusammenhang werden von polnischer Seite interessante Feststellungen über die Entwicklung der jüngsten Holzaußfuhr aus Polen nach Deutschland getroffen. Auf Grund der deutschen Holzstatistik wird errechnet, daß Polen an der deutschen Holzeinfuhr in den ersten drei Quartalen 1933 weitestgehend beteiligt war, als im Vorjahr. Während sich die deutsche Holzeinfuhr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres insgesamt um 30 Prozent erhöht hat, habe der deutsche Holzimport aus Polen allein eine Steigerung von 400 Prozent erfahren. Weiter gebe aus den statistischen Zahlen hervor, daß Deutschland ungefähr 40 Prozent seines Bedarfs an Nadelholz aus Polen gedeckt habe. Dagegen sei die Einfuhr von polnischem Rundholz in Verbindung mit der starken Zollerhöhung erheblich gesunken.

Auch der deutsche Schnittholzimport hat sich verringert, doch hat auch Polen heute kein aktives Interesse mehr an ihm. Es sei, so behauptet es zum Schluß, nicht ausgeschlossen, daß Deutschland in Kürze zu einer Fortsetzung des Holzverkehrs schreiten dürfte, die sich vor allem auf Halb- und Fertigfabrikate erstrecken werde. Diese Aktion dürfte sich mit Hilfe der sogenannten Entrepôts entwickeln, deren Disagio etwa 30 Prozent beträgt.

Das Organ des Generalrates der polnischen Holzverbände „Dziennik“ führt aus, daß eine Regelung im deutsch-polnischen Holzverkehr zu begründen sein würde. Es führt wörtlich fort: „Zu einer solchen Regelung der Verhältnisse sind wir stets bereit. Wir müssen jedoch daran denken, daß außer den Holzbeziehungen direkt, außer der Einräumung und der Festlegung vernünftiger deutscher Einfuhrzölle für Holzmaterialien und außer der Festsetzung von Kontingenten, Deutschland, wenn es mit Polen auf dem Gebiete des Holzverkehrs zu einer völligen Verständigung kommen wolle, gleichzeitig Polen für zwei Sachen Sicherheit geben müßte, und zwar Sicherheit in den persönlichen Handelsbeziehungen und Sicherheit im Devisenverkehr. Ein Holzprovisorium müßte, wenn es für Polen irgendwie aktuell werden sollte, die Lösung der einen wie auch der anderen Frage zur Voraussetzung haben. Nur unter diesen Bedingungen sind wir bereit, zu einer neuen Annäherung näherer Handelsbeziehungen auf dem Gebiete des Holzverkehrs mit Deutschland zu gelangen.“

Revision des polnisch-französischen Handelsvertrages. Der Vorsitzende der polnischen Delegation zur Forderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich, Unterstaatssekretär Dolegal, hat sich nach Paris begeben, um Besprechungen über eine Revision des polnisch-französischen Handelsvertrages im Zusammenhang mit dem neuen polnischen Zolltarif.

Firmennachrichten.

Bromberg (Bydgoszcz). In Sachen des Zahlungsausschusses der Firma „Eldad Inter B. Jaworski & R. Ritecki, Bydgoszcz, Dmowska 35, Termin am 17. November, 10 Uhr, im Bürgergericht.

Posen (Poznań). In Sachen des Konkurses der Firma „Sigma“ Handelsgesellschaft Sp. z o. o. in Posen, Termin am 20. November 1933, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 29.

Posen (Poznań). In Sachen des Konkurses der Firma „Hells Hirschberg“ in Posen, Termin am 22. November 1933, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 29.

Posen (Poznań). In Sachen des Konkurses der Firma „Sagoda“ Poznańska Spółka Budowlana Sp. A. in Posen, Termin am 22. November 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 10.

Graudenz (Grudziądz). Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma „Dom Konfekcyjny Hugo Schmechel i Synowie Sp. A.“ in Graudenz ist auf den 6. Dezember 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht Termin angesetzt worden. Die Eingangsverträge können Interessenten im Sekretariat des Konkursgerichts, Zimmer 19, einsehen.

Rußlands Außenhandel.

Einschränkung der Auslandsbestellungen. — Rußlands Handelsbilanz wird aktiv.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sind in letzter Zeit wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen. Der starke Rückgang, den die Bestellungen der Sowjets in Deutschland im laufenden Jahre erfahren haben, sind von der deutschen Industrie natürlich nicht gerade angenehm empfunden worden. 1931 stellte das Rekordjahr dar mit Bestellungen in Höhe von insgesamt 920 Mill. Rmk. 1932 sind die an Deutschland verordneten russischen Aufträge auf 400 Mill. zusammengekrumpft und 1933 haben die Bestellungen noch nicht einmal 150 Mill. Rmk. erreicht. Größere Lieferungsabschlüsse sind überhaupt nicht gemacht worden, sondern es kamen nur von Fall zu Fall einzelne Nachbestellungen, die sich aus der Abwicklung früherer Geschäfte ergaben.

Man hat die Ursache für diese Deutschland gegenüber geübte Zurückhaltung in einer politischen Vertimmung Rußlands über gewisse Vorfälle in der ersten Hälfte des Jahres 1933, z. B. in der Deroy-Angelegenheit, gesucht, auch in dem Argwohn des Sowjetregimes gegen die neuere politische Entwicklung in Deutschland. Nun ist es zweifellos, daß Rußland die Einkaufspolitik seiner staatlichen Handelsabteilung sehr stark unter politischem Gesichtspunkt regelt. Bestimmt aber gehören dazu nicht stimmungsmäßige Abweichungen gegen innenpolitische Vorgänge in anderen Ländern.

Politik ist für die Sowjetunion immer ein Geschäft gewesen, und ein gutes Geschäft macht man in Moskau auch mit anderen im Innern durchaus antilichgewirtschaftlich eingestellten Staaten sehr gern.

Anßerdem aber zeigt die russische Handelsstatistik, daß die Einfuhr aus anderen Ländern in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 noch stärker zurückgegangen ist als die aus Deutschland. Der Anteil Deutschlands an der russischen Einfuhr beträgt immer noch 48 Prozent. Er ist in den ersten Monaten 1933 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um knapp die Hälfte zurückgegangen, während der russische Warenbezug aus England um 65 Prozent, aus Persien um 87 Prozent, aus Italien etwa verhältnismäßig ebenso stark wie aus Deutschland, aber auf einer viel geringeren absoluten Mengengröße, zurückging.

Anderserseits ist Deutschland als Abnehmer Rußlands an die erste Stelle gerückt, an der vorher England stand. Es hat 18,4 Prozent der russischen Einfuhr aufgenommen. Der von russischer Seite früher gelegentlich gemachte Einwand, daß die geringen Käufe Deutschlands ein Hindernisgrund für die Ausdehnung der Bestellungen bei ihm seien, trifft also auch nicht mehr zu.

Die eigentliche Ursache für die Verminderung der russischen Bestellungen im Auslande,

die alle seine bisherigen Lieferanten getroffen hat, ist in der devisenwirtschaftlichen Lage der Sowjetunion zu finden. Die gesamten derzeitigen Auslandsverpflichtungen Rußlands werden auf etwa 1,6 Milliarden Rmk. beziffert, die Devisenreserven der Staatsbank sollen sich aber nur auf etwa 100 000 Rmk. belaufen, und die Gold- und Platinschatze auf 100 Millionen Rubel. Das ist also kein Wunder, daß die Devisenlage angepaßt ist und das angesichts der rückläufigen Ausfuhrziffer — in dieser Beziehung macht auch Rußland keine Ausnahme vor den anderen Ländern — die Einschränkung der Einfuhr zu einer gebieterischen Notwendigkeit wurde.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reines Goldes wurde gemäß der Abmachung im „Monitor Polski“ für den 16. November auf 5,9244 Loty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Der Zinssatz am 15. November: Danzig: Ueberweisung 57,68 bis 57,80, bar 57,70—57,82, Berlin: gr. Scheine 46,85—47,25, Wien: Ueberweisung 79,25, Prag: Ueberweisung 335,00, Zürich: Ueberweisung 67,90, Mailand: Ueberweisung 214,00, London: Ueberweisung 28,55.

Warenausfuhr vom 15. Novbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgien —, Budapest —, Bulgarien —, Danzig 173,30, 173,78 — 172,87, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, 360,03 — 358,23, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 28,56, 28,70 — 28,42, New York 5,35/4 — 5,58/4 — 5,32/4, Oslo —, Paris 34,87, 34,96 — 34,78, Prag 26,44, 26,50 — 26,38, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,45, 172,88 — 172,02, Tallin —, Wien 48,05, 48,15, Danzig 81,62—81,78, Warschau 47,05—47,25.

*) Holland Umlage 359,10 — 359,15.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,50.

Berlin, 15. November. Uml. Devisenkurs. New York 2,512—2,518, London 13,43—13,47, Holland 169,23—169,57, Norwegen 67,53 bis 67,67, Schweden 69,28—69,42, Belgien 68,46—68,58, Italien 22,10 bis 22,14, Frankreich 16,40—16,44, Schweiz 81,14—81,50, Prag 12,41 bis 12,43, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,62—81,78, Warschau 47,05—47,25.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,28 Zl., do. kl. Scheine — Zl., 1 Pf. Sterling 28,36 Zl., 100 Schweizer Franken 171,77 Zl., 100 Fr. Franken 34,73 Zl., 100 deutsche Mark 209,75 Zl., 100 Danziger Gulden 172,62 Zl., tschech. Krone — Zl., österr. Schilling — Zl., holländischer Gulden 357,70.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 15. November. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 48,25 G., 4 1/2proz. Dollar-Pfandbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar 5,53) 36,50—36 +, 4 1/2proz. Gold-Dollar-Pfandbriefe der Posener Landschaft 40 +, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 37 G., 4 1/2proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 37 G., Bank Polski 78,35 G. Tendenz: leicht. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Alltägliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Loty:

Transaktionspreise: Roggen 1065 to 14,75 30 to 14,68/2, Hafer 30 to 13,25.

Richtpreise: Weizen 18,75—19,25, Roggen 14,50—14,75, Gerste 695—705 kg 13,25—13,50, Gerste 675—685 kg 12,75—13,00, Braugerste 14,75—15,50, Hafer 13,00—13,25, Roggenmehl (65%) 20,75—21,00, Weizenmehl (65%) 30,50—32,50, Weizenkleie 9,25—9,75, Weizenkleie (grob) 10,25—10,75, Roggenkleie 9,75—10,25, Wintergerste 39,00—40,00, Sommergerste 15,00—16,00, Weizen 15,00—16,00, Vitoriaerbsen 21,00—24,00, Folgererbsen 21,00—23,00, Speisefarctoffeln 2,55—2,80, Farctoffel p. kg 0,15, Serrabella 13,50—15,50, Alee, rot 170,00—220,00, Alee, weiß 80,00—120,00.

Alee, gelb, ohne Schalen 90,00—110,00, Senf 37,00—39,00.

Weizen u. Roggen: froh, loie 1,25—1,50, Weizen u. Roggen: froh, gepreßt 1,75—2,00, Safer- und Gersten: froh, loie 1,25—1,50, Safer- und Gersten: froh, gepreßt 1,75—2,00, Senf, loie 5,75—6,00, Senf, gepreßt 6,25—6,75, Neheheu, loie 6,25—6,75, Neheheu, gepreßt 7,25—7,75, Blauer Mohn 53,00—57,00, Leinfuchsen 19,00—20,00, Rapsfuchsen 16,00—16,50, Sonnenblumen: fuchsen 46—48%, 18,50—19,50, Sojaöl 23,00—23,50.

Gesamtrendenz: ruhig, Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 720 to, Weizen 180 to, Gerste 60 to, Safer 15 to, Roggenmehl 90 to, Weizenmehl 48 to, Roggenkleie 55 to, Weizenkleie 15 to, Vitoriaerbsen 22,5 to, Folgererbsen 22,5 to, Peluschten 15 to, Rotflee 1 to.

Warschau, 15. November. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abwärts auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kilo. Weizen 21,50—22,00, Weizenmehl 20,50—21,00, Einheitsweizen 13,75—14,25, Einheitshafer 13,75—14,25.

Die Zahlungsvorgänge Rußlands Deutschland gegenüber machen zurzeit etwa 1 bis 1 1/2 Milliarden Rmk. aus. Sie werden nach Erledigung der noch ausstehenden Fälligkeiten bis Ende 1933 auf etwa 1/2 Milliarden Rmk. heruntergegangen sein. Die bisherigen Wechselkursverhältnisse hat Rußland stets pünktlich und reiflich erfüllt und hat lediglich bei deutschen Banken einen Überbrückungskredit von 140 Mill. Rmk. aufgenommen, der vom Mai bis August nächsten Jahres zurückzahlen ist. Im nächsten Jahre werden die laufenden Verbindlichkeiten infolge der inzwischen eingetretenen Verminderung der Bestellungen und Lieferungen erheblich zusammengekrumpfen. Die Situation wird sich für die Sowjets auch insoweit verbessern, als es ihnen gelungen ist, durch die starken Einsparungen bei der Einfuhr (insgesamt 50,3 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten 1932) ihre

Handelsbilanz im bisherigen Verlauf dieses Jahres mit ungefähr 93 Millionen Rubel aktiv zu machen.

Sie werden sicherlich bemüht sein, die Entwicklung in dieser Richtung weiterzutreiben. Diese Aktivierung der Handelsbilanz hat sich besonders stark im Verhältnis zu Deutschland ausgedrückt, das noch in den ersten neun Monaten 1932 für 193,2 Mill. Rubel mehr nach Rußland aus- als von dort einfuhr. In der entsprechenden Zeit des Jahres 1933 betrug der Saldo nur noch 63,8 Mill. Rubel.

Im Augenblick steht im Brennpunkt des Interesses die Neugestaltung der Handelsbeziehungen Rußlands zu den Vereinigten Staaten. 1930 hat Rußland von dort für 470 Mill. Rmk. gekauft. 1933 waren es bisher nur wenig mehr als 20 Millionen. Die Wiederherstellung dieser Zahl ist die große Hoffnung Washingtons. Aber auch in Moskau besteht durchaus die Bereitwilligkeit, das Handelsgeschäft mit Amerika erheblich zu erweitern, wenn Uncle Sam die nötigen Kredite hergibt. Dabei kommt es nicht nur auf die Höhe dieser Kredite an, sondern vor allem auch auf die Laufzeit. Man spricht davon, daß sie auf mindestens fünf Jahre ausgedehnt werden sollen. Darin wird ein Teil der jetzt in Washington entstandenen Schwierigkeiten liegen. Über die Größe des zu erwartenden amerikanischen Ausfuhrgeschäftes nach Rußland gehen die Meinungen sehr auseinander. Man hat drüben anfänglich von Lieferungen im Betrage von 500 Millionen Dollar gesprochen. Jetzt nennt man nur noch eine Ziffer von 350 Mill. Dollar, und auch die wird sich wohl noch einige Abstriche gefallen lassen müssen.

Im übrigen scheint man sich in Moskau für die Vergebung der weiteren Industrienaufträge immer noch die Hände freizuhalten. Die Bräuen zur deutschen Industrie sind keinesfalls abgebrochen.

Baumwolleneinfuhr über Gdingen.

Im Lodzer Wojewodschaftsamt fand eine Konferenz in Anwesenheit des Konfurrenzamtes zwischen Triest und Bremen einerseits und Gdingen andererseits bei der Einfuhr von Baumwolle statt. Das Wojewodschaftsamt hatte ein Schreiben des Industri- und Handelsministeriums erhalten, durch das es zur Abgabe eines Gutachtens bezüglich der an ausländische Speiditeure zu erteilenden Konzessionen für Gdingen angefordert wurde. Die auf der Konferenz vertretenen Wirtschaftler sprachen sich dagegen aus, daß ausländischen Speiditeuren, die unmittelbar von ihrer Regierung unterstützt werden, Konzessionen in Gdingen erteilt werden.

Gammelhafer 13,25—13,75, Brauergerste —, Malgerste —, Gräckergerste 14,00—14,50, Speisefarctoffeln 22,00—24,00, Vitoriaerbsen 26,00—30,00, Wintergerste 40,00—42,00, roher Kottlee ohne die Hachsel 130,00—150,00, Kottlee ohne Hachsel bis 97% gereinigt 170,00—190,00, roh, Weizenkleie 70,00—100,00, roh, Weizenkleie bis 97%, aet. 100,00—120,00, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 36,00—42,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 32,00—36,00, Weizenmehl 2. Sorte (20%) nach Luxus-Weizenmehl 28,00—32,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—25,00, Roggenmehl 24,00—25,00, Roggenmehl II 18,00—19,00, Roggenmehl III 18,00 bis 19,00, grobe Weizenkleie 10,50—11,25, mittlere 9,75—10,25, Roggenkleie 9,25—9,75, Leinfuchsen 18,50—19,00, Rapsfuchsen 14,50—15,00, Sonnenblumenfuchsen 19,00—19,50, doppelt gereinigte Serrabella 11,00—12,00, blaue Lupinen 6,00—6,50, gelbe —, Peluschten 13,00 bis 14,00, Widen 14,00—15,00, Wintererbsen 38,00—40,00, Sommererbsen 39,00—41,00, blauer Mohn 55,00—65,00, Senfamen 39,00—40,00, Soja-Schrot 23,00—24,00, Speisefarctoffel 3,40—3,60.

Umlage 1987 to, davon 1227 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Alltägliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 16. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Loty:

Transaktionspreise: Roggen — to —, Weizen — to —, Malgerste 10 to 14,75, Hafer — to —, Rapsfuchsen — to —, Roggenmehl 65% — to —, Weizenmehl 65% — to —.

Richtpreise: Roggen 14,25—14,50, Weizen 18,25—18,75, Brauergerste 15,00—16,00, Malgerste 13,00—13,25, Hafer 13,25—13,50, Roggenmehl 65% 21,00—21,75, Weizenmehl 65% 30,00—32,00, Roggenkleie 9,50—10,00, Weizenkleie 9,00—9,50, Weizenkleie grob 9,75—10,25, Raps 33,00—35,00, Wintererbsen 35,00—37,00, Felderbsen 13,00—14,00, Vitoriaerbsen 22,50—24,50, Folgererbsen 22,00—24,00, Serrabella, neu 13,00—14,00.

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 647 to, Weizen 165 to, Malgerste 350 to, Brauergerste — to, Roggenmehl 15 to, Weizenmehl 40 to, Vitoriaerbsen 10 to, Folgererbsen — to, Felderbsen — to, Vitoriaerbsen — to, Folgererbsen — to, Serrabella — to, Senf — to.

Gesamtangebot 1631 to.

Danziger Getreidebörse vom 15. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pf. 11,50, Roggen 9,00—9,10, Brauergerste 13,50 bis 15,00, Wintergerste 8,75—9,50, Hafer 8,40—8,80, Vitoriaerbsen 13,00 16,50, grüne Erbsen 13,00—16,50, Roggenkleie 6,00—6,30, Weizenkleie 6,60—6,80, Peluschten 9,10—9,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Marktlage ist unverändert ruhig. Weizen ist mit 6 11/75 per 100 kg erhältlich. Roggen notiert 31 15/60 = G. 9,00 zur Ausfuhr franco Danzig. Futtermittel fester.

Hamburg, 15. November. Cif-Notierungen für Getreide und Alee vom 15. Novbr. (Preise in Sfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba 4,57/8, Manitoba II 4,42/8, Rojale 79 kg per November 3,80, Barulo 79 kg per November 3,85, Bahia 79 kg per November 3,80, Gerste: Russische per November 2,80, Donauerste per November —, Platagerste per November —, Roggen: Plata per Novbr. 2,77/8, Wais: La Plata per November 3,02/8, Safer: Plata Unclipped faq per Novbr. 3,00, Plata Clipped per November 3,17/8.

Berliner Butterpreise vom 14. November. Alltägliche Notierung an Erzeugern (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten): I. Qualität 126,—, II. Qualität 120,—, III. Qualität 113,— Rm. je 50 kg.

Materialienmarkt.

Graudenz, 14. November. Bofinotierungen. Großhandelspreise für 50 kg. in Loty: „Merino“ I. Qual. 190, 2. Qual. 115—120. Tendenz: ruhig bei fester Preisgestaltung.